

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter
MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag. — Redaktionsschluss Sonnabend.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Santes, Berlin NW 40,
Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: A 2 Flora 4933.

Verlag: A. Santes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 Mk. monatlich. Zu beziehen durch die Post.
Inserate: Die sechsgespaltene Nonpareillezeile bei Arbeitsmarkt,
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Gegen die Verstümmelung der Sozialversicherung

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften und der Verband der Deutschen Gewerksvereine (SD.) haben an den Reichsarbeitsminister eine Eingabe gerichtet, in der sie sich entschieden gegen die in der Öffentlichkeit erörterten und von den Arbeitgeberverbänden propagierten Pläne zur Einschränkung der Sozialversicherungsleistungen wenden.

Die Denkschrift der Spitzenverbände geht aus von der mißlichen Lage der Reichsfinanzen. Sie verwirft aber den Gedanken, die mangelnde Uebereinstimmung zwischen Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushalt durch Ersparnisse an den Ausgaben für soziale Zwecke herzustellen und verweist die Reichsregierung auf den Weg der Erschließung neuer Einnahmen. „Ohne Zweifel gibt es auch in Deutschland noch leistungsfähige Schichten, die für die Schaffung neuer Einnahmequellen herangezogen werden könnten, aber gerade diese haben in den letzten Jahren am stärksten in der Öffentlichkeit Stimmung dafür gemacht, daß die Ausgaben für soziale Zwecke zu groß sind.“

Die Eingabe beschäftigt sich sodann eingehend mit den Verhältnissen der Unfallversicherung und Invalidenversicherung sowie mit den Angriffen gegen diese Versicherungszweige. Zugleich unterbreiten die Gewerkschaften ihrerseits Vorschläge zur Reform dieser Versicherungen und zur Behebung ihrer Notlage. Wir geben diese Teile der Denkschrift mit einigen Kürzungen wieder:

Zur Unfallversicherung.

... Die Gesamtausgaben in der Unfallversicherung für das Jahr 1929 betragen nach den „Amtlichen Nachrichten für Reichsversicherung“ (Heft 12 vom 25. Dezember 1930) 410 719 400 Mk. Das dafür erforderliche Umlage-Soll belief sich bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 12,47 Mk. pro 1000 Mk. der der Umlage zugrunde gelegten Löhne. Für Entschädigungen wurden im Jahre 1929 ausgegeben 340 880 300 Mk. Dieser Betrag mußte jedoch unter 1 025 293 Rentenempfängern aufgeteilt werden. Angesichts dieser Zahl von rund 24 Millionen Versicherten ist die Zahl von rund 1 Million Rentenempfängern als nicht zu hoch zu bezeichnen.

Wenn bei einzelnen Trägern der Unfallversicherung vorübergehend eine höhere Umlage als in normalen Zeiten zur Deckung der laufenden Ausgaben erhoben werden muß, dann rechtfertigt dies noch nicht einen allgemeinen Abbau der Renten. Dieser bei einzelnen Berufsgenossenschaften zur Zeit bestehende Notstand, gleichgültig, ob er durch die Wirtschaftskrise oder durch Rationalisierungsmaßnahmen in den betreffenden Gewerbebezirken hervorgerufen worden ist, könnte mit der Einführung einer Gemeinlast der Versicherungsträger der Unfallversicherung überbrückt werden, ähnlich wie sie bereits in der Invalidenversicherung besteht.

Die von den Arbeitgeberverbänden unterbreiteten Vorschläge auf Kürzung der Unfallrenten unter 50 Proz. Erwerbsbeschränkung und die zwangsweise Abfindung der Renten von 25 Proz. abwärts, ebenso die Heraushebung der Invaliditätsgrenze bei Witwen

von Unfallverletzten sind in ihrer Auswirkung von verheerenden Folgen. Sie würden, abgesehen von allem anderen, zur Folge haben, daß die von der Kürzung betroffenen Rentenbezieher für diesen Ausfall die Wohlfahrtskassen der Gemeinden in Anspruch nehmen müßten. Ganz besonders aber darf nicht außer acht gelassen werden, daß bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes der überwiegende Teil der Unfallbeschädigten so gut wie keine Aussicht auf Beschäftigung hat. Das gleiche trifft zu auf die verlangte Beseitigung der Renten bei Anfällen auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle. Die für die Unfallversicherung verlangte Ausgabeneinschränkung bedeutet in Wirklichkeit nur eine Abwälzung der bisher den Berufsgenossenschaften obliegenden Unterhaltungspflicht auf die Kassen der Gemeinden, wobei wieder zu beachten ist, daß durch die Unfallversicherung die private Haftung der Betriebe bei Unfallverletzungen abgelöst ist.

In ähnlicher Weise würde sich die gleichfalls vorgeschlagene Neuordnung der Lastenverteilung zwischen Krankenversicherung und Unfallversicherung zum Nachteil der Krankenkassen auswirken. In beiden Teilen geht die Absicht der Unternehmerverbände dahin, die bisher von ihnen allein getragenen Lasten anderen Schultern, die keineswegs leistungsfähiger sind, aufzuerlegen.

Auf das entschiedenste muß aber der Auserlegung von Kosten im Rechtsmittelfahren entgegengetreten werden. Die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege war bisher ein fundamentaler sozialversicherungsrechtlicher Grundsatz von hoher sozialer Bedeutung. Die Beseitigung dieses Grundsatzes muß die Verletzten, also die wirtschaftlich Schwächsten der arbeitenden Bevölkerung, auf das schwerste bedrücken und ihr Vertrauen zur Rechtspflege tief erschüttern.

Wir sind der Ansicht, daß Ersparnisse bei der Unfallversicherung auch durch die Zusammenlegung einer Anzahl kleinerer Berufsgenossenschaften oder durch ihre Angliederung an größere erzielt werden könnten. Die Verwaltungsausgaben dürften sich dadurch verringern.

Ferner muß zur Erreichung einer Minderung der Rentenlast in der Unfallversicherung dem Eintreten neuer Rentenunfälle stärker als bisher vorgebeugt werden. Das kann durch den Ausbau der Unfallverhütung erreicht werden. Die Kosten der Unfallverhütung pro Betrieb betragen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 7,07 Mk., bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sogar nur 2,27 Mk. Von den Gesamtausgaben von 410 Millionen entfallen also nur 8 668 000 Mk. auf die Verhütung von Unfällen, jedoch über 41 Millionen Mark auf Verwaltungskosten.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß mit dem geringen für die Unfallverhütung verausgabten Betrag eine wirksame Ueberwachung der Betriebe und damit ein ausreichender von uns für dringend notwendig gehaltener Schutz der Versicherten gegen Berufsgefahren nicht zu erreichen ist.

Eine Reform der Unfallversicherung erscheint auch uns notwendig. Sie darf aber nicht nach den Vorschlägen der Arbeitgeberverbände vollzogen werden. Vor allem darf dabei auch nicht vor der Verwaltung der Berufsgenossenschaften haltgemacht werden. Eine Mitwirkung der Versicherten in der Verwaltung fehlt jetzt vollkommen. Die Versicherten haben zur Zeit nur bei der Beratung und Beschlußfassung von Unfallverhütungsvorschriften (§ 853), bei der Stellungnahme zu den Jahresberichten (§ 857) und bei der förmlichen Feststellung von Leistungen (§ 1569b der RD.) mitzuwirken. Der Artikel 161 der Reichsverfassung spricht von maßgebender Mitwirkung der Versicherten, ohne daß diese Zusage bisher eingelöst worden ist. Wir verlangen daher, daß den Versicherten in der Unfallversicherung auch eine gleichberechtigte Mitwirkung eingeräumt wird.

Erweiterungsbedürftig ist auch die Liste der entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten. Die Verordnung über Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 stellt die Entschädigungspflicht bei einigen Krankheiten, insbesondere bei Staublung- und Hauterkrankungen, nur auf bestimmte Betriebe ab, obwohl in dabei nicht erfaßten Betrieben gleich schwere Berufserkrankungen vorliegen. Die bedauernswerten Betroffenen bleiben ohne Schadenerschädigung, obwohl ausschließlich der Umgang mit in der Industrie erforderlichen Chemikalien oder Maschinen ihre Gesundheit und Lebenskraft ruiniert hatte.

Wir bringen diese Hinweise auf die notwendige Erweiterung der Aufgaben der Unfallversicherung, weil nach unserer Ansicht diese Erweiterung und nicht ein Abbau der Leistungen und eine Abwälzung der Lasten erforderlich sind.

Die Gewerkschaften lehnen die Vorschläge der Arbeitgeberverbände zur Reform der Unfallversicherung ab, weil damit eine bessere Fundierung dieses Teiles der Sozialversicherung nicht eintritt, sondern nur eine Entlastung der Unternehmer zum Nachteil der Unfallverletzten oder ihrer Angehörigen sowie der Krankenkassen.

Zu einer Reform der Unfallversicherung halten die Gewerkschaften für erforderlich:

1. Zweckensprechende Ausdehnung des Geltungsbereichs der Unfallversicherung;
2. Einführung einer Gemeinlast für alle Träger der Unfallversicherung;
3. Verbesserung der Unfall- und Krankheitsverhütung, um dem Eintreten neuer Rentenfälle vorzubeugen;
4. Einführung einer unabhängigen Betriebsüberwachung auch für öffentliche Betriebe;
5. erweiterte Einbeziehung von Berufskrankheiten in die Unfallversicherung;
6. maßgebende Mitwirkung der Versicherten in der Unfallversicherung im Sinne des Art. 161 der Reichsverfassung.

Zur Finanzlage der Invalidenversicherung.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise haben zu einer bedeutenden Verschlechterung der Finanzver-

hältnisse der Invalidenversicherung geführt. Beitragsausfälle sowie der Ausfall wesentlicher Zuschüsse des Reiches hatten zur Folge, daß diese Versicherung bereits im laufenden Jahre zur Deckung ihrer Leistungen einen Teil ihrer Rücklagen verwenden muß.

Die Rechnungsergebnisse der Jahre 1929 und 1930 brachten nur einen Vermögenszuwachs von 354 Millionen. Die Entwicklung der Finanzen in den nächsten Jahren ist im wesentlichen von der Entwicklung des Arbeitsmarktes abhängig. Zweifellos ist bei dieser Finanzlage eine Sanierung der Invalidenversicherung früher erforderlich als bei normalen wirtschaftlichen Verhältnissen. Keineswegs zwingt die Finanzlage jedoch dazu, in dieser Notzeit mit einer Kürzung der Leistungen eine Sanierung vornehmen zu müssen.

Offenbar sind Kräfte am Werke, die unter dem Druck des in der Krisenzeit vorherrschenden Pessimismus die Ausbalancierung der Einnahmen und Ausgaben durch eine starke Kürzung der Leistungen der Versicherung erreichen möchten. Aus Unternehmerkreisen wurde sogar ein Abstrich von 30 Proz. gefordert.

Die Spitzenverbände der Arbeitergewerkschaften befinden sich bei dieser Sachlage in großer Sorge um das der Invalidenversicherung von der Reichsregierung zugeordnete Schicksal. Gegenüber den Forderungen der Unternehmervertretungen erklären sie mit aller Entschiedenheit, daß sie eine allgemeine Herabsetzung der ohnedies unzureichenden Rentenhöhe für ganz untragbar halte und eine damit beabsichtigte Sanierung aufs schärfste zurückweisen müssen.

Eine Sanierung der Invalidenversicherung muß durch eine Steigerung des Beitragsaufkommens und insbesondere auch durch Aufstockung ausreichender weiterer Beitragsstufen mit höherer Rentenmöglichkeit herbeigeführt werden. Bei einer Neuregelung der bisherigen Beitragsätze muß der jetzige Geldwert der Steigerungsätze in den Beitragsklassen 1 bis 7 erhalten bleiben. Eine Herabsetzung der 20prozentigen Steigerungsätze unter Beibehaltung der jetzigen Beitragshöhe würde ebenso wie eine Herabsetzung oder

teilweise Herabsetzung durch Staffelung des Grundbetrages eine unerträgliche Kürzung der Bezüge der Renteneempfänger bedeuten, die bei den mifflischen Finanzverhältnissen der Fürsorgeverbände auch nicht auf dem Wege der Fürsorge ausgeglichen werden kann. Es dürfte bekannt sein, daß sich 30 Proz. der Sozialrentner sowie schon in öffentlicher Fürsorge befinden, weil die Renten der Invalidenversicherung nicht ausreichen und sonstige Einnahmen den betreffenden Renteneempfängern nicht oder in nicht ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Sodern aber eine Sanierung auf dem uns erforderlichen scheinenden Wege in der gegenwärtigen Notzeit nicht erreicht werden kann, empfehlen wir dringend, eine Neuregelung bis zu günstigeren Zeitverhältnissen zu vertagen.

Zu beachten ist ferner, daß neben den rein fürsorgelichen Lasten auch erhebliche Schäden aus der Inflation sowie bedeutende Rentenlasten als Kriegsfolgen von der Invalidenversicherung zu tragen sind. Wir müssen es als Unrecht betrachten, daß unter solchen Umständen der Versicherung Reichsmittel entzogen wurden. Dem beitragszahlenden Invalidenversicherten

Nur in der Einigkeit liegt unsere Macht!

Am 13. Juni ist der 25. Wochenbeitrag fällig

werden damit Sonderlasten aufgebürdet für Folgen politischer und wirtschaftlicher Katastrophen, deren Schäden von der Gesamtheit des Volkes zu tragen sind. Durch den ungerechtfertigten Entzug von öffentlichen Mitteln ist die Sanierungsbedürftigkeit der Invalidenversicherung zum mindesten beschleunigt worden. Sollten zum Ausgleich des teilweisen Ausfalles der Reichsmittel nun auch noch den Renteneempfängern die Bezüge gekürzt werden, so würde die Arbeiterwelt darin ein doppeltes Unrecht erblicken müssen.

Sozialdemokratischer Parteitag

Der in Leipzig am 31. Mai und folgende Tage stattgefundene Parteitag stand im Zeichen der unerhörten Auswirkungen der Wirtschaftskrise. In solchen Zeiten ist theoretisches Geplänkel zwecklos, es muß praktische Arbeit geleistet werden. Die Idee des Sozialismus ist in den Köpfen vieler Millionen tief verankert, das bewies auch der Aufmarsch des Proletariats bei seiner gewaltigen Kundgebung zur Eröffnung der Tagung. Wie jämmerlich nahm sich die in der gleichen Zeit in Breslau stattgefundene Tagung der Stahlhelmer unter Führung der alten kaiserlichen Generale aus. Dort demonstrierten die Kriegshelden. In Leipzig forderte die Millionenpartei Völkerfrieden und Lebensraum für alle schaffenden Menschen.

In seiner Eröffnungsrede ging der Vorsitzende Genosse Wels mutig auf das Ganze und zeichne in scharfen Umrissen die Einstellung der Partei zu den uns beherrschenden Problemen der Gegenwart. Genosse Larnow konnte als Referent über „Die kapitalistische Wirtschaftsanarchie und die Arbeiterklasse“ in seinem 2 1/2stündigen Vortrag die Zuhörer bis zum Schluß fesseln. Während hier mutig die Krankheitserscheinungen am kapitalistischen Wirtschaftskörper bloßgelegt wurden und der Nachweis erbracht werden konnte, daß dieses System Zerfetzungserscheinungen bereits zur Schau trage, ist bezeichnend, daß wenige Tage später sich der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller auf seiner Tagung mit den leichtesten Reden ihres Vorsitzenden begnügte, das Lohnneinkommen und die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse müsse noch weiter herabgedrückt werden. Der Irrwahn der kapitalistischen Klasse, durch Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Schicht die Wirtschaftskrise zu beseitigen, wurde von Larnow unter stürmischer Zustimmung nachgewiesen. Die Arbeiterklasse fordert die 40-Stunden-woche, nicht als Notmaßnahme, sondern für die Dauer. In den Richtlinien wird ausgeprochen, welche Maßnahmen notwendig sind zur Beseitigung der Krise. Unter allgemeiner Zustimmung schloß der Referent mit dem Bekenntnis:

„Wir dürfen mit Sicherheit darauf vertrauen, daß auch die furchtbare Not dieser Krise am Bewußtsein der Völker nicht spurlos vorübergehen wird, und daß, wenn die Not dieser Krise sich verzogen haben werden, in aller Welt Millionen neuer Anhänger für den Sozialismus und für den Ruf gewonnen werden können: Hinweg mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung!“

Wohl wurde in der Diskussion versucht, den Richtlinien eine härtere Note zu geben. Es wurde auch auf Rußland verwiesen und der Wunsch ausgesprochen, dem russischen Problem gegenüber sich sachlich einzustellen, aber bessere Vorschläge konnten auch nicht gemacht werden, so daß dem Referenten in seinem Schlußwort nur diese Feststellungen übrigblieben.

Fast einstimmig wurde unter stürmischem Beifall die Resolution angenommen.

Das Referat von Breitscheid über die „Ueberwindung des Faschismus“ sowie der im Anschluß erfolgte „Bericht der Reichstagsfraktion“, erstattet von Sollmann, schwenkten die ganze Leidenschaft und den in den Massen aufgespeicherten Unwillen gegen die Regierung Brüning an die Oberfläche. Mit der Politik des Tolerierens müsse Schluß gemacht werden. Sie sei für die Arbeiterschaft unerträglich und treibe folgerichtig die proletarischen Anhänger in die extremen Lager der Gegner. In diese Materie spielte auch ein Artikel des Genossen Löbe, von dem die Möglichkeit eines politischen Frontwechsels angeschnitten wurde. Die Referenten konnten mit unendlich vielen stichhaltigen Gründen auf die Gefahren hinweisen, die ganz besonders der Arbeiterklasse erstünden, wenn die Faschisten zur Macht kommen, sie betonten wiederholt, daß die Toleranz gegenüber der Regierung eine zwangsläufige sei, also eine taktische Frage zur Abwendung der dräuenden großen Gefahren. Die Diskussion zog sich sehr lange hin, denn es wurden auch andere große wichtige Fragen besprochen. So der Disziplinbruch der neun, der damit zum Abschluß kam, daß ihr Verhalten bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer B mißbilligt wurde. „Der Parteitag forderte von den Fraktionen in allen öffentlichen Körperschaften ein einheitliches und geschlossenes Auftreten, und die Fraktionen werden ermächtigt, vor Abstimmungen den Fraktionszwang zu beschließen. Zuwiderhandlungen gelten als ein parteischädigendes Verhalten.“ Dieser Antrag wurde mit 324 gegen 62 Stimmen angenommen. Mit großer Mehrheit wurde der Reichstagsfraktion das Vertrauen ausgesprochen. Für die Behandlung der neuen Notverordnung wurden der Fraktion Richtlinien mit auf den Weg gegeben. Hier wird ausgesprochen, daß nach den bisher bekanntgewordenen Plänen neue Belastungen geschaffen werden sollen, die auch nicht annähernd ausreichen, um die Deckung der gemeindlichen Wohlfahrtslasten und das Defizit der Reichsanstalt zu ermöglichen. Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung durch weitere Herabdrückung der Unterstützung würde auf entscheidenden Widerstand der Sozialdemokratie stoßen.

Genosse Ollenhauer sprach über „Jugend und Partei“. Die jetzige Not der Jugend ist ungeheuer. Innerhalb jeder Wahlperiode wachsen 5 Millionen Jugendliche heran, die zum erstenmal aktiv in den Wahlkampf eingreifen. Daher die großen Bemühungen der bürgerlichen Parteien um die Jungwähler. Die Partei muß die Angelegenheiten der Jugend als ihre eigenen Angelegenheiten betrachten. Die Parteimitglieder, die in der Jugend arbeiten, haben Mittler zwischen Partei und Jugend zu sein. Ueber die „Kinderfreundebewegung“ berichtete Dr. Kurt Bönenstein. Wir erfahren, daß in nahezu 1000 Orten über 200 000 Kinder in sozialistischen Gedankengängen erzogen werden. Damit waren die großen Fragen zum Abschluß gekommen. Die Behandlung sonstiger Anträge konnte nicht mehr das Interesse wie in den großen Tagen hervorrufen und auch die Wahlen gingen glatt vor sich. Die nachhaltige Wirkung der Leipziger Tagung wird nicht ausbleiben. Es wurde mehr als einmal die große Gefahr aufgezeichnet, in der die Arbeiterklasse steht. Wir nähern uns dem Zeitpunkt schärfster Auseinandersetzungen mit der Kapitalistenklasse. Ihre Forderungen werden die Arbeiterschaft zum schärfsten Widerstand herausfordern. Die 40-Stunden-Woche muß kommen. Wir sind Gegner, die Arbeiterschaft in zwei Klassen, in die arbeitende und die arbeitstote, teilen zu lassen. Die Gewerkschaften werden mit der Partei recht bald diese vordringlichsten Arbeiten einleiten und zum Abschluß bringen müssen. Die Zeit fordert zum raschen Handeln. Dann wird Leipzig das Vertrauen in weite Kreise der schaffenden Menschen bringen.

Neue Tarifverhandlungen für die Süß-, Back- und Teigwarenindustrie

finden am 9. und 10. Juni statt. Sollten diese Verhandlungen zu einem Ergebnis führen, so wird auch die weitere Laufzeit des jetzigen Lohnes mit vereinbart werden.

Eine Einigung ist ausgeschlossen, wenn der DABU auf allen seinen Forderungen beharrt. Die Einführung der vom DABU geforderten Staffeln für die Arbeiterinnen sieht einen nochmaligen Lohnabbau von 5 bis 15 Proz. vor. Nicht das geringste Entgegenkommen kann es von uns in dieser Frage geben. Auch die Herabsetzung der Akkordlöhne für jüngere Arbeiterinnen kann unsere Zustimmung nicht finden. Wenn wir auch zu Verhandlungen bereit sind, so müssen wir es doch von vornherein ablehnen, einen Tarif abzuschließen, der für die Arbeiterschaft untragbare Verschlechterungen mit sich bringt. Immer wieder glauben einige Unternehmer, betonen zu müssen, daß sie ohne Tarif, unter Ausschaltung der Gewerkschaft sich leichter mit ihrer Arbeiterschaft verständigen könnten. Wenn dies in einzelnen Fällen unter Ausnutzung der gegenwärtigen Notlage der Arbeiterschaft vorübergehend möglich ist, so sollen diese Herren aber doch bedenken, daß auch wieder einmal eine andere Zeit kommt, und dann wird die Arbeiterschaft mit Zins und Zinseszinsen wiederholen, was ihr unter Ausnutzung der schlechten Wirtschaftslage geraubt wurde.

Backpeife für die Unternehmer

Der bekannte Professor Dr. Lujo Brentano nimmt in der neuesten Nummer der „Sozialen Praxis“ vom 4. Juni zur Frage des Lohnabbaues wie folgt Stellung:

„Man spricht kaum einen Unternehmer, der nicht überzeugt wäre, bei unbegrenzter Lohnsenkung — 50 Proz. ist ungefähr die geringste Forderung — die Krise überwinden zu können. So wird mir von sachverständiger Seite geschrieben. Das muß die Beforgnis aller, denen die Zukunft Deutschlands am Herzen liegt, im höchsten Maße erregen. Der Reallohn ist heute bei uns schon außerordentlich geringer als in unseren Hauptkonkurrenzländern, und von der den Arbeitern als Gegenleistung für die Steigerung des Preises von Brotgetreide auf 230 Proz. des Weltmarktpreises versprochenen Senkung der Preise ist in Wirklichkeit nichts zu spüren.“

Diese jetzt auch von bürgerlichen Wissenschaftlern erkannten traurigen Tatsachen hindern jedoch das deutsche Unternehmertum nicht, seine scharfmacherische Politik fortzusetzen. Es will unter allen Umständen den Arbeiter verelenden lassen. Brentano weist schon heute auf die Dinge hin, die da kommen werden, wenn das Unternehmertum so fortfährt. Er sagt:

„Bei uns dagegen künstliche Verteuerung des Lebensunterhaltes und Senkung der Löhne! Sollte im Kampfe zwischen Profitminimum und Lohnminimum das erstere triumphieren, dürfte das kapitalistische System seinem Untergang bei uns entgegengehen und nach furchtbaren Hungerrevolten wird die sozialistische Planwirtschaft sein Ende sein. Aber noch kann ich nicht glauben, daß eine deutsche Regierung sich findet, die es soweit wird kommen lassen.“

Deutlicher kann es nicht mehr ausgesprochen werden. Und die Regierung?

Der dritte Teil des Brauns-Gutachtens

Mit dem dritten Gutachten hat die Brauns-Kommission ihre Tätigkeit abgeschlossen. Dieses Gutachten beschäftigt sich vornehmlich mit Fragen der unterstützenden Arbeitslosenfürsorge.

Die Kommission kommt zuerst zu der sehr bemerkenswerten Feststellung, daß alle bisher vorliegenden Schätzungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit unrichtig seien. Angesichts der Entwicklung des Arbeitsmarktes müsse die Zahl der Arbeitslosen für das Rechnungsjahr 1931 mit mindestens durchschnittlich 4,5 Mill. pro Monat angenommen werden.

Sie unterbreitet dann eine Anzahl Vorschläge und lehnt es grundsätzlich ab, daß auch nur vorübergehend am Versicherungsprinzip etwas geändert werde. Die namentlich von Arbeitgeberseite verlangte Bedürftigkeitsprüfung beim Bezuge von Unterstützung, die nichts weiter als eine „Fürsorge“ bedeuten würde, wird abgelehnt. Ebenso spricht sie sich gegen einen augenblicklich vorzunehmenden Systemwechsel aus, empfiehlt aber, die Zusammenfassung der Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege infolge der gesteigerten Notlage. Es müsse eine Erweiterung der Krisenfürsorge hinsichtlich Dauer und Personenkreis erstrebt werden. Zur Frage der heikeln strittigen *Novarktszeit* steht die Kommission auf dem Standpunkt, daß eine längere Beschäftigungszeit, als sie der jetzige Rechtszustand vorsieht, nicht gefordert werden könne. Obwohl die Kommission der Meinung ist, daß die Begriffsbestimmung der *Arbeitsfähigkeit* zu weit gefaßt sei, kann sie eine andere Fassung dieses Begriffes nicht vorschlagen. Jedoch schlägt die Kommission zur Frage der *Arbeitswilligkeit* vor, daß jeweils die einzelnen Arbeitsämter ermächtigt werden, über die Bestimmungen des § 90 hinaus Unterstützungen zeitweilig zu versagen, wenn bestimmte Tatsachen beweisen, daß der Arbeitslose arbeitsunwillig oder durch eigenes grobes Verschulden arbeitslos ist. Sie empfiehlt aber außerdem, daß der § 90 dahingehend geändert werden soll, wonach ein Arbeitsloser nicht etwa deshalb die ihm angebotene Arbeit ablehnen kann, weil sie seiner Vorbildung und seiner früheren Tätigkeit nicht entspricht. Hier soll also der bisherige Schutz bei Arbeitslosigkeit in den ersten 9 Wochen in Wegfall kommen. Bei den Sperrfristen glaubt die Kommission, daß diese in der geltenden Höhe den praktischen Erfordernissen entsprechen, sie verlangt jedoch, daß sie künftig schärfer angewendet würden. Die bisherige Wartezeit soll auf 7, 14 und 21 Tage erhöht werden. Betrug bisher die Wartezeit bei Unterbrechung des Unterstützungsbezuges durch Zwischenbeschäftigung sechs Wochen, so verlangt die Kommission, sie künftig bei Abschluß von kurzen Arbeitsverträgen weiter hinauszuschieben. Als Konsequenz der Verlängerung der Wartezeit empfiehlt die Kommission, daß eine Verkürzung der Wartezeit nach vorheriger Kurzarbeit, Arbeitsunfähigkeit oder behördlich angeordneter Verwahrung erst dann eintritt, wenn die Dauer dieser Vorgänge sich nicht wie bisher auf 2 Wochen, sondern künftig mindestens auf 4 Wochen erstreckt.

Die Herausnahme der Saisonarbeiter aus der Versicherung während der Zeit der berufstätigen Arbeitslosigkeit wird abgelehnt und empfohlen: 1. Verlängerung der Anwartschaftszeit von 26 auf 30 Wochen, 2. Herabsetzung der Höchstbezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung von 26 auf 20 Wochen, 3. die Unterstützungssätze sind ganz allgemein, also nicht nur wie bisher während der Dauer der berufstätigen Arbeitslosigkeit, auf die Sätze der Krisenunterstützung herabzusetzen.

Ohne eine bestimmte Grenze zu nennen schlägt die Kommission vor, den § 112b zu verschärfen, indem die anrechnungsfreie Grenze von 35 Mfl. weiter herabgesetzt wird. Die bisherigen Altersgrenzen ab 16. Lebensjahr ohne Beschränkung nach oben sollen bestehen bleiben. Bei den Rentenbeziehern soll die bisherige Freigrenze von 30 Mfl. (§ 112a) auf 15 Mfl. monatlich herabgesetzt werden.

Zur Frage der Höhe der Arbeitslosenunterstützung macht die Kommission keine grundsätzlichen Vorschläge. Sie glaubt jedoch, daß die durch die vorgeschlagenen Reformen zu erreichenden Ersparnisse nicht genügen, das erwartete Defizit der Arbeitslosenversicherung zu decken. Sie tritt deshalb für eine Erweiterung der Selbstverantwortung der Arbeiter und Unternehmer ein (Beitragsverhöhung?) und spricht sehr unklar aus, daß dem Vorstand der Reichsanstalt das Recht gegeben werden soll, Einnahmen und Ausgaben der Versicherung anzupassen. Sie will also damit die Entscheidung über die Höhe der Leistung dem Parlament entziehen und sie dem Vorstand der Reichsanstalt übertragen. Das ist ein Experiment, daß unseren schärfsten Widerspruch hervorrufen wird! Sie macht keine positiven Vorschläge für eine Einnahmeerhöhung, will die Entscheidung vielmehr dem Reich überlassen. Sie nennt aber die Heranziehung sozial- und wirtschaftlich gesicherter Kreise zur Beitragsleistung, Erhöhung der Beiträge, die Ablehnung der Gefahren- und Ersparnisse. In der Krisenfür-

sorge sollen die Leistungen nicht gesenkt werden. Die aber bereits durch die Notverordnung (Artikel 7 der Krisenfürsorgeordnung) gegebene Bedürftigkeitsprüfung soll verschärft werden. Das bisherige Gemeindefünftel zur Tragung der Lasten soll das Reich übernehmen und eine Beteiligung der Länder an dem Aufwand der Krisenfürsorge lehnt die Kommission ab.

Unerhörte neue Belastung durch die Notverordnung

In der neuen Notverordnung wird eine Kürzung der Beamtengehälter zwischen 4 und 8 Proz. vorgesehn. Als Zuschlag zur Einkommensteuer wird eine sogenannte Krisensteuer, von der die Beamten ausgenommen sind, in Höhe von 1 bis 5 Proz. erhoben werden. Der für dieses Jahr auf 400 Millionen Mark errechnete Betrag der Krisensteuer soll an die Arbeitslosenversicherung fließen und zwar teils für Unterstützungszwecke und teils für das von der Regierung vorbereitete Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Die Zudersteuer wird verdoppelt, wodurch 110 Millionen Mark hereingebracht werden sollen. Es ist aber noch zweifelhaft, ob Hand in Hand mit der Steuererhöhung eine Senkung der Höchstpreise erfolgt. Die Rückerstattung der Lohnsteuer wird beseitigt. Aus dem Ertrage sollen 60 Millionen Mark an die Gemeinden gegeben werden, die besonders bedürftig sind. Der Benzinzoll wird auf 7 Mark erhöht und soll 85 Millionen Mark erbringen.

Die Kürzung der Arbeitslosenversicherung dürfte im wesentlichen nach den Vorschlägen der Brauns-Kommission erfolgen. Von den Kriegsrenten sollen die Kriegsbeschädigtenrenten für die geringen Grade der Beschädigten fortfallen. Eine Änderung der Invaliden- und Unfallversicherung wird jetzt noch nicht vollzogen. Diese Maßnahmen, die ohne weiteres erkennen lassen, daß sie von der breiten Masse getragen werden müssen, werden bestimmt nicht beitragen, der Regierung Brüning weiterhin Unterstützung zu sichern. Geradezu ungeheuerlich klingt es, wenn die Streichung der Lohnsteuerrückerstattung durch eine Notverordnung diktiert wird. Dieser Maßnahme fehlt jede rechtliche Unterlage und sie bedeutet für die Lohn- und Gehaltsempfänger eine weitere ungerechte Schröpfung, zumal sie auf Heller und Pfennig ihr targes Lohn-einkommen versteuern müssen. Wir werden zu dieser neuen Notverordnung noch Stellung nehmen.

Ein notwendiger Hinweis

Der Vorsitzende des ADGB hat am 30. Mai das folgende Schreiben an den Reichskanzler gerichtet: „Sehr verehrter Herr Reichskanzler, die Sorge um das Schicksal des deutschen Volkes, die Sie in den Stunden der Entscheidung über die neue Notverordnung bewegt, wird auch von uns geteilt. Im Auftrage unseres Bundesvorstandes beehre ich mich daher, Ihnen nochmals kurz unsere Auffassung darzulegen. Die bisherige Maßnahmen der Regierung haben den Umfang der Arbeitslosigkeit nicht verändert. Der Lohnabbau hat die Krise verschärft. Er hat die Kaufkraft geschwächt, die Steuereingänge herabgedrückt und einen wesentlichen Teil des Defizits der öffentlichen Haushalte verursacht. Was an Kaufkraft übrig blieb, wurde von der Agrarpolitik aufgezehrt. Durch den Auftrieb der Preise wichtigster Nahrungs- und Futtermittel auf das Zwei- und Dreifache der Weltmarktpreise erhält die Großlandwirtschaft auf Kosten der städtischen Bevölkerung eine Subvention, die den Ausgaben für die so oft ungerechtfertigt angegriffene Arbeitslosenversicherung mindestens gleichkommt.“

Es kann der Arbeiterschaft nicht zugemutet werden, diese Last weiter zu tragen. Aber sie ist bereit, eine namhafte Arbeitszeitverkürzung auf sich zu nehmen, um die vorhandenen Arbeitsgelegenheiten mit den erwerbslosen Kollegen zu teilen. Die allgemeine gesetzliche 40-Stunden-Woche ist ein dringendes Erfordernis.

Die sozialen Versicherungs- und Versorgungsleistungen müssen erhalten bleiben. Die Sozialversicherung ist durch die Reservenentwertung infolge der Inflation sowie durch die Mindereinnahmen und Mehrausgaben infolge der Krise gefährdet; sie muß gesichert werden. Insbesondere muß die Versorgung der Arbeitslosen in ihrem bisherigen Ausmaß bestehen bleiben; die zusätzliche Finanzierung muß aus Mitteln des Reiches ermöglicht werden, gegebenenfalls mit Hilfe derjenigen, die infolge ihrer Stellung oder ihres Einkommens von den Gefahren der Arbeitslosigkeit verschont bleiben.

Die Steuerlasten sind gewiß eine schwere Bürde geworden. Aber der Staat muß gerade in Zeiten der Not seine sozialen Verpflichtungen gegen die ärmsten Schichten des Volkes mit allen Mitteln erfüllen. Zu diesem Zwecke müssen Vermögen und höhere Einkommen vordringlich in Anspruch genommen werden, z. B. durch weitere Zuschläge zur Ein-

kommens-, Vermögens-, Erbschafts- und Aufsichtsratssteuer.

Die Regierung muß ferner jede Möglichkeit für die Aufnahme von *Auslandsanleihen* wahrnehmen, damit die öffentliche Verwaltung die Mittel für umfassende Arbeitsbeschaffung erhält.

Die bevorstehende *Notverordnung* muß von folgenden Zeitgedanken beherrscht sein: 1. Belebung der Kaufkraft. Abkehr von der gegenwärtigen Agrarpolitik. 2. Erhaltung der sozialen Versicherungs- und Versorgungsleistungen. Besteuerung der Leistungsfähigen. 3. Entlastung des Arbeitsmarktes. Gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche.

Ohne Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte, Herr Reichskanzler, und ohne gleichzeitigen Verzicht auf weiteren Lohnabbau wird weder die dringend notwendige soziale und politische Entspannung noch der erhoffte Auftrieb der Wirtschaft eintreten. In ausgedehnter Hochachtung. Leipart.“

Ratlos und hilflos

Kürzlich tagte in Washington ein Kongreß der internationalen Handelskammern. Viele hunderte Wirtschaftsführer aus allen Ländern der Welt saßen zusammen und zerbrachen sich die Köpfe, wie die durch die Krise leidende Menschheit erlöst werden kann. Gewiß waren viele Männer klugen und reiche Hilfsmittel verfügten, aber keine Lösung und keine brauchbaren Vorschläge machen konnten. Die „*Woffische Zeitung*“ kommt zu folgender Beurteilung dieser internationalen Tagung:

„Die Antwort ist erschütternd. Ein Vakuum tut sich auf. Keine Lösung, kein greifbarer Plan, kein Vorschlag, mit dem man heute oder morgen etwas anfangen kann. Ein paar allgemein gehaltene Formulierungen und Empfehlungen über bessere Kapitalverteilung, über eine vernünftigeren Handels- und Währungspolitik, ein paar kleine technische Uebereinkünfte: das ist alles. Die Hilflosigkeit, mit der die Leiter der Wirtschaft der Krise gegenüberstehen, ist erschreckend. Es scheint fast, als ob Amerika noch ratloser ist, als Europa. Man fängt hier erst an, Probleme und Irrtümer zu entdecken, mit denen man sich in Europa schon bis zum Ueberdruß beschäftigt hat. Es war der tragische Höhepunkt dieses Kongresses, als der Präsident der First National Bank von Chicago, Melvin A. Traylor, ein Selbmademan, der sich in jungen Jahren vom Straßenger zu einer der angesehensten amerikanischen Finanzgrößen emporgearbeitet hat, aufstand, sich an die Brust schlug und in den Saal hineinrief: Wo sind die Industriellen, die vor dem Zusammenbruch rechtzeitig gewarnt haben? Wo sind die Finanziers, die sich dem Expansionsdrang der Industrie entgegengestellt haben? Wo sind die Bankleute, die das Publikum vor waghalsigen Spekulationen bewahrt haben?“

Der deutsche Delegierte Dr. Hamm stellte in einer Rede fest, daß die Wirtschaftskrise zu einer psychologischen Krise des Kapitals zu werden drohe. Obwohl dieser Meinung nicht entgegengetreten wurde, so waren die führenden Geister nicht imstande, brauchbares aus der Konferenz mitzunehmen. In dieser Situation mußten sie weiter nichts zu erwidern, als den hohen Löhnen, der überpannten Sozialpolitik die Schuld an der Wirtschaftskrise zuzuschreiben. Die sogenannten Wirtschaftsführer haben sich damit selbst als unfähig erwiesen, mit Erfolg der Weltwirtschaftskrise gegenüber zu treten. Der Kapitalismus erbrachte damit den Beweis, daß er am Ende seines Lateins angelangt ist und wohl oder übel einer anderen Wirtschaftsform die Bahn freigeben muß.

Unersättliche melden sich wieder

Der Reichsverband der deutschen Industrie veröffentlicht eine Erklärung, die das Hanebüchenste darstellt, was sich diese Prozentpatrioten in der Nachkriegszeit gegen den Staat und seine Gesetze herausnehmen. Sie ist ein deutliches Symbol dafür, wie diesen Leuten im Zeichen des Sozialabbaues der Hafer ins Gehirn schießt. Diese Hyänen der Wirtschaft, deren ganzes Streben und Ziel nur darauf gerichtet ist, durch unerträgliche Opfer der Arbeiterschaft zu ihrem Reibsch zu kommen, versuchen jetzt gegen den Reichsarbeitsminister Sturm zu laufen. Gewiß, die Arbeiterschaft hat gar keine Veranlassung, sich für Stegerwald besonders ins Mittel zu legen, denn er ist es ja mit gewesen, der das Signal zum Unternehmerangriff auf die Löhne und die Sozialgesetzgebung gab. Es ist aber bezeichnend, jetzt, nachdem er seine unüberbietbaren volkswirtschaftlichen Fehler langsam einzusehen beginnt und die ganze reaktionäre Welle abzubäumen versucht, reißen die deutschen Unternehmer zähnefleischend den Rachen bis zum Hals auf. Nicht nur die neue Notverordnung gefällt ihnen nicht, denn noch immer wird dem Arbeiter nicht das Hemd ausgezogen, auch an der Erklärung Stegerwalds nehmen sie Anstoß, daß es nun mit dem Lohnabbau Schluß sein soll. Sie lassen deshalb folgende geharnischte Erklärung ergehen:

„Die Erklärung des Reichsarbeitsministers, daß er nicht in der Lage sei, die staatlichen Schlichtungsinstanzen für weitere allgemeine Lohnsenkungen zur Verfügung zu stellen, wird in der Industriedahin verstanden, daß der Arbeitsminister selbst von der Ueberflüssigkeit dieser Schlichtungsinstanzen überzeugt ist. Auch in Deutschland werden die Löhne und Preise trotz aller politischen Hemmungen ganz von selbst auf das Niveau sinken, das wirtschaftlich tragbar ist, wenn erst einmal die Tarifverträge von dem politischen Zwang befreit werden, so daß wieder wie früher Arbeitsverträge unter der ausschließlichen Verantwortung der Vertragsschließenden zustande kommen können“.

Setzt richtet sich also ihre ganze Wut gegen die Tarifverträge, die sie beseitigen möchten. Nicht umsonst berufen sie sich dabei auf „früher“, wo sie allein herrschen und walten konnten. In der unternehmerfreundlichen Monarchie, wo der Arbeiter nur den Stiefelabsatz zu spüren bekam und als Paria der Gesellschaft galt, fühlten diese Herrschaften sich am wohlsten. Ihre Erklärung läßt deutlich erkennen, daß sie wieder auf dieses Ziel lossteuern. Wenn es eben nicht anders geht, dann sollen die Tarifverträge verletzt und mit der berühmten Peitsche und dem Zuckerbrot dem Arbeiter die Dinge schmachtender gemacht werden. Diese deutschen Volksgenossen schämen sich nicht, ihre Forderungen zu erheben, wo die Not in Deutschland tagtäglich größer wird und wo bald nur noch die Totengräber Beschäftigung haben werden. Gegen solche Machtwillkür kann die Arbeiterschaft nur etwas aussprechen, wenn sie einig und geschlossen ist. Schließlich ist es der Arbeiterschaft selbst nicht gleichgültig, wenn sie durch ihre eigene Selbstzerfleischung vor die Hunde geht.

Wahrschau

Der Verband deutscher Berufsgenossenschaften hat kürzlich durch ein Preisauschreiben die sinnigere Verdeutschung des in England und Amerika üblichen Wortes „safety first“ (Sicherheit zuerst) herbeigeführt. Als gleichwertig wurde das in über hundert Fällen genannte Wort „Wahrschau“ bezeichnet. „Wahrschau“ wird demnach in Zukunft überall dort zu lesen sein, wo Gefahr droht. Insbesondere der Arbeiter hat dann die Pflicht, die Gefahr zu erkennen und sein Verhalten so einzurichten, daß seiner Gesundheit, die eine unerläßliche Voraussetzung für seine Arbeitsfähigkeit ist, keinen Schaden leidet.

Wie notwendig ein energischer Kampf gegen den Unfallteufel ist, zeigt neben den täglich bekannt werdenden Unfällen auch der Bericht der Sektion II, Berlin, der Brauerei- und Mälzereibergwerksvereins. Dort hat sich zwar die Gesamtzahl der Unfälle gegenüber dem Vorjahr vermindert. Die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle aber und die Zahl der Todesfälle haben sich erhöht. Diese betrüb-

liche Feststellung muß Anlaß zum Nachdenken und zur unermüdbaren Mitarbeit an der Beseitigung der Unfallgefahren sein. Insbesondere bei dem Fahrpersonal ist dies notwendig. Dort haben sich mehr als die Hälfte aller Todesfälle zugetragen. Es genügt absolut nicht, bestehende Gefahrenherde zu erkennen, Pflicht eines jeden muß es vielmehr sein, dafür zu sorgen, daß gefahrbringende Stellen soweit als möglich beseitigt werden.

Aus dem Bericht der Unfallberufsgenossenschaft, in dem die einzelnen Unfallursachen behandelt sind, geht leider hervor, daß nicht immer das richtige Verantwortungsbewußtsein an den Tag gelegt wird. So wird berichtet, daß zwei Arbeiter schwere Verletzungen erlitten, weil sie bei der Entfernungsarbeiten von Patentverschüssen nicht die Flaschenzange benutzten. Des weiteren haben sechs im Flaschenkeller verlesene Arbeiter ihre Wunden nicht beachtet und weitergearbeitet ohne sich einen Rotverband anlegen zu lassen. Die darauf eintretende Blutvergiftung brachte außer Erwerbsunfähigkeit auch noch eine Verwarnung wegen Nichtbeachtung der einschlägigen Bestimmungen. Es genügt aber nicht, bei vorkommenden Verletzungen nur die im Betrieb befindlichen Hilfsmittel in Anspruch zu nehmen. Der Arzt ist auf alle Fälle zu Rate zu ziehen. Ein Brauer, der sich bei dem Einsetzen einer Filterlaterne eine Beugelehnenverletzung am Zeigefinger zuzog, hat sich vier Tage lang nur vom Betriebsleiter behandeln lassen. Erst als eine Blutvergiftung eingetreten war, wurde der Arzt in Anspruch genommen. Der Betriebsleiter wurde verwahrt und auf die bestehenden Strafschriften hingewiesen. Ein Maschinist verlor die Sehkraft auf einem Auge als Folge einer Verätzung, die er sich zuzog bei dem Einsetzen einer Blindscheibe an einer Gismaschine. Die vorhandene Schutzmaske wurde nicht angelegt. Er wurde ebenfalls verwahrt.

Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, wie notwendig es ist, die vorhandenen Unfallgefahren besser zu beachten. Neben diesen durch eigene Unachtsamkeit zugezogenen Verletzungen gibt es natürlich eine ganze Reihe, die durch die Betriebsverhältnisse bedingt sind. Die Ursache dazu zu beseitigen ist Aufgabe der Betriebsvertretung, die Hand in Hand arbeiten muß mit den Gewerbeaufsichtsbeamten und dem technischen Ausschussdienst der Berufsgenossenschaften. Dort wo dies durch die letzteren mit Absicht unterbunden wird, sind alle zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um dies abzuändern. Das Leben und die Gesundheit der Arbeiterschaft ist derart wertvoll, daß der Kampf gegen die Unfallgefahren nicht intensiv genug geführt werden kann.

Nochmal Carisch

Vor dem Arbeitsgericht in Berlin stand die Klage eines unserer Verbandsmitglieder gegen die Firma Carisch, das entlassen wurde, weil es angeblich eine Tüte mit Ostereiern an sich genommen und sie anderen Arbeitern zum Verzehr gegeben hatte. Andere Arbeiter, die bei den Nazis sind, behielten wegen des gleichen Vergehens ihre Arbeitsstelle. Der führende

Nazimann Durang erhielt von der Betriebsleitung Urlaub, um gegen unser entlassenes Mitglied Material zu sammeln. Der bevorzugte Kronzeuge der Firma kam aber bei den Verhandlungen unter die Räder. Es wurde an ihn die Frage gestellt, ob er nicht seine letzte Arbeitsstelle deshalb verlassen mußte, weil er fortgesetzt Alkohol und andere Genußmittel entwendet habe. Der Nazimann war weit davon entfernt, diese Frage mit Entlastung zurückzuweisen. Er erklärte nur, es ist unrichtig, und versuchte durch einen Wortschwall sich um die verhängliche Frage herumzubrideln. Obwohl Durang wider mitgeholfen hatte bei der Vertilgung der Ostereier, bemühte er sich, alle unsere Verbandsmitglieder bei der Betriebsleitung zu denunzieren. Die Beteuerungen unseres Kollegen nukteten nichts, denn Durang beschwor seine Aussage. Der Vertreter der Firma Carisch wurde gefragt, warum in diesem Betrieb mit zweierlei Maß gemessen wird und der Gemeindeführer auf die Strafe flücht, während bei den Nazis, wo das gleiche Vergehen nachgewiesen ist, man große Milde walten läßt. Darauf entrißte sich dieser Herr und erklärte, es muß der Firma überlassen bleiben, wen sie zur Entlassung bringt. Die organisierte Arbeiterschaft wird darauf die Antwort geben, denn auch ihr muß es überlassen bleiben, ob sie noch weiter Waren von dieser organisationsfeindlichen Firma kaufen will.

Obwohl diese Gerichtsverhandlung mit aller Klarheit bewiesen hatte, daß gegenüber den Gewerkschaftern die Nazis bevorzugt werden, findet dennoch die Firma den Mut, eine Berichtigung dem „Vorwärts“ zu übersenden. Sie bestreitet, gegen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter einen Feldzug zu führen. Sie bestreitet, daß einem Arbeiter nach einer Vereinbarung der Lohn gekürzt wurde und erklärt, der betreffende Arbeiter habe freiwillig auf einen Teil seines übertariflichen Lohnes verzichtet. Sie bestreitet, daß Abmachungen, die zwischen der Firma und der Gewerkschaft getroffen wurden, durchbrochen werden. Sie bezeichnet weiter als unwahr, daß auf Grund von Denunziationen ehrliche Arbeiter entlassen werden (Siehe Gerichtsverhandlung, D. R.).

Dazu bemerken wir, daß von der Firma Carisch nicht bestritten wird, daß sie trotz Protestes der Arbeiter die Leistungszulagen abbaut. Ebenso hat die Firma das Feierschichten-Abkommen mit der Gewerkschaft zu durchbrechen versucht. Es erübrigt sich jede Bemerkung darüber, daß Arbeiter freiwillig auf einen Teil ihres übertariflichen Lohnes verzichten. Wir kennen die Weise, wie es gemacht wird, um Lohnfürzungen vorzunehmen.

Was geht bei Sarotti-Nestle vor?

Wir konnten in Nr. 21 über Mißstände, die sich bei Sarotti-Nestle, Berlin, eingebürgert haben, berichten. Unser Artikel wurde von der gesamten Besetzung mit Interesse zur Kenntnis genommen. In der Direktion scheint man dagegen von diesen Ausführungen nicht erbaut zu sein. Statt, daß sich Besser-

Bei den Rotwein-Junkern

Wer Paris kennt, der kennt Frankreich, heißt es. Das ist richtig und falsch zugleich. Paris ist der Kopf des Landes, in dem alle Nervenstränge des französischen Lebens zusammenlaufen. Doch nach dem Gehirn kann man nicht auf das Aussehen der Glieder schließen. Wer Frankreich wirklich kennenlernen, wer es werten und verstehen will, der muß auch in die Provinz gehen. Hier liegen, wie in allen Ländern, die Wurzeln des Volkstums. Fünf Millionen Franzosen wohnen in und um Paris. Fünfunddreißig Millionen in Mittelstädten und auf dem Lande. Was treiben sie?

Einer der Grundpfeiler des französischen Wirtschaftslebens ist der Weinbau. Frankreich ist, in Menge und Güte der Produktion genommen, das erste Weinland der Welt. Aus anderthalb Millionen Hektar Weinbergen, einer Fläche wie ganz Baden, fließen jährlich 50 bis 70 Millionen Hektoliter Wein, je nach der Ernte. Das sind riesenhafte Zahlen. Sie erscheinen noch erstaunlicher, wenn man bedenkt, daß die Weinernte in Frankreich jährlich beinahe den gleichen Wertbeitrag darstellt wie die ganze Getreidernte. Dieser Vergleich beweist, welche Bedeutung der Weinbau im französischen Wirtschaftsleben und für die Staatsfinanzen einnimmt.

Wohin muß man gehen, um die französischen Weinbaugebiete kennenzulernen? Es gibt vier Hauptgegenden. Zuerst der mittelländische Süden, rund um Montpellier, der den gewöhnlichen Tischwein liefert und fast die Hälfte der Jahresernte allein befreit. Diesen Wein trinken die Franzosen selbst — Preis 17 Pfennig das Viertelster —; zur Ausfuhr in fremde Länder kommt er nicht. Die übrigen drei Weinbaugebiete sind weltbekannt: im Norden bei Reims die Champagne, aus der die Schaumweine kommen. Dann im Osten, nach der Schweiz zu, die Bourgogne mit ihrem Burgunder (und dem Beaujolais). Und schließlich im Südwesten Bordeaux mit seinen Hauptgewächsen von Me-

doc, Graves, Sauternes und St. Emilion. Neben diesen vier Anbaugebieten erster Ordnung gibt es noch eine Reihe weniger bedeutungsvoller. So im Elsaß, in Lothringen, auf Korsika und an der Loire (Anjou-Wein). Und endlich die Weinbrennerien an dem flüßigen Charente, im Herzen Frankreichs, an dem die Stadt Cognac liegt, und die Gegend von Armagnac, deren Bewohner fast ausschließlich von der Likörfabrikation leben.

Montpellier, dicht am Mittelmeer im Zentrum der Tischweingegegend gelegen, eine Stadt von über 80 000 Einwohnern, ist neben Bordeaux die Weinstadt Frankreichs. Rundum Weinberge, soweit das Auge reicht. Keine außergewöhnliche Qualität, aber — trinkbar immerhin. Die Münchener Brauereien beschäftigen gewiß sehr viele Bewohner der bayrischen Hauptstadt. Das ist aber gar kein Vergleich mit Montpellier. Hier lebt alles, aber auch alles direkt oder indirekt vom Rebensaft. Wein ist flüssiges Gold: das Paradies stellen sich die Patrizier Montpelliens als einen immensen Weinkeller vor. Die Stadt ist der wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Mittelpunkt der mittelländischen Weinkultur. Es gibt eine Universität, eine berühmte landwirtschaftliche Hochschule mit Weinbauschule. Alle Winzergenossenschaften haben hier ihre Zentrale. Montpellier beherrscht finanziell den ganzen Süden des Landes. Hier wohnen die begütertesten Leute, und die kleineren Nachbarstädte Nîmes, Béziers, Narbonne, Bergignan und Carcassonne befinden sich seit Jahrhunderten wirtschaftlich in den Krallen der Rotwein-Magnaten von Montpellier.

Die Größe der Weingüter ist ganz verschieden. Es gibt Großbetriebe und Zwergebetriebe. Die mittleren Betriebe aber sind durchaus in der Mehrzahl. Man findet in Montpellier wenige ganz schwerreiche Großkapitalisten, doch dafür hunderte von äußerst wohlhabenden Winzern, eine ganze Aristokratie für sich, die, an fremden Verhältnissen gemessen, ein Leben von spartanischem Geize führt. Zu Zeiten der Wein-

ernte gibt es keine Arbeitslosen in Montpellier und Umgebung (auch sonst sehr selten). Von weither holt man die Saisonarbeiter herbei. Dennoch sind die Löhne oft entwürdigend niedrig. Die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft sind auf der Höhe. Seit Jahren wählt die Stadt Marseille sozialdemokratisch und stets den gleichen Abgeordneten: Léon Blum.

Der Weinertrag aus den Reben ist außergewöhnlich hoch. Es gibt Winzer, die sich rühmen, 200 Hektoliter Wein aus einem einzigen Hektar Weinbergland herausgeholt zu haben. Gemeinden existieren hier, die allein in einem Jahre etwa hunderttausend Hektoliter gewöhnlichen Tischwein produzieren. Im Durchschnitt ergibt sich für den mittleren Winzer (der trotzdem im allgemeinen Franken-Millionär ist) eine Durchschnittsernte von jährlich zwanzig- bis dreißigttausend Hektoliter. Der größte Weingutsbesitzer in der Gegend von Montpellier, in Salnis, erreicht als einziger Großkapitalist seine hunderttausend Hektoliter im Jahre.

Bordeaux, neben Montpellier die berühmteste und reichste französische Weinstadt, ist von kleinstädtischem, verschlafenen, mittelalterlichem Neufhem auch heute noch trotz seiner 260 000 Einwohner. Arthur Young schrieb schon im achtzehnten Jahrhundert: „Ich halte Bordeaux für reicher und geschäftstüchtiger als alle englischen Städte, mit Ausnahme von London“. — Reich, unglaublich reich und geschäftstüchtig, das ist Bordeaux auch heute noch. Die geizigen, pfennigsuchenden und ahnenstolzen Wein-Aristokraten, die Balzac in seiner „Eugenie Grandet“ herrlich beschriebenen hat, sind noch keineswegs ausgerottet. Millionär sein und doch in gestickten Hosen herumlaufen, sich selbst nicht die Butter aufs Brot gönnen und die Angestellten schinden — das ist Bordeaux. Die Arme dieser Stadt reichen über die ganze Welt, und der Wille der Rotwein-Junker macht sich in der Politik häufig genug bemerkbar. Sie sind mißtrauisch, reaktionär und muckerisch — das Inbild des spleißigen Drachens, der auf seinem Schilde brütet.

rungen bemerkbar machen und die Arbeitsfreudigkeit, wie sie durch eine humane Behandlung in früheren Jahren zu verzeichnen war, wieder gehoben würde, sehen wir das Gegenteil. An der von uns besprochenen Maschine ist bereits ein Unglücksfall eingetreten. Eine Arbeiterin mußte in das Krankenhaus geschafft werden.

Die Direktion scheint nicht mehr zu wissen, daß nicht allein ihrer Initiative, sondern auch der Arbeitsfreudigkeit der Gesamtbelegschaft der Aufschwung dieses Betriebes zu verdanken ist. Es ist daher nicht schön, wenn jetzt die Arbeiter und Arbeiterinnen wie Spielbälle in der Hand der Betriebsleitung hin und her geworfen werden. Ganz besonders müssen wir auf das schärfste Kritik an dem Zustand üben, daß jeder Arbeitnehmer, der gezwungen ist, sich krank melden zu müssen, zu gewärtigen hat, daß ihm die Entlassungspapiere per Post in die Wohnung geschickt werden. Massenhaft werden langjährig verdiente Arbeitskräfte entlassen, obwohl keine Ursache infolge etwaiger Produktionsbeschränkung besteht. Tüchtige Facharbeiter werden von ihren langjährigen Arbeitsplätzen weggenommen und an ihrer Stelle Arbeiterinnen beschäftigt.

Durch dieses Vorgehen ist in der Betriebsbelegschaft eine große Beunruhigung entstanden. Es ist verständlich, daß in der gegenwärtigen Zeit der furchtbaren Wirtschaftskrise die Arbeitsfreudigkeit der beschäftigten Kollegen und Kolleginnen nicht Platz greifen kann, wenn über ihnen fortwährend das Damoklesschwert der Entlassung hängt. So viel Scharfsinn wird sicher auch die Direktion aufbringen, um selbst beurteilen zu können, daß sie mit diesem System den Betrieb herunterwirtschaften muß.

Unsere Kollegen und Kolleginnen werden nur dann mit Erfolg diese Zustände beseitigen können, wenn sie geschlossen ihrer wirtschaftlichen Organisation angehören. Alles Rationieren ist zwecklos, wenn eine große Anzahl unorganisierter Arbeiter und Arbeiterinnen in diesen Betrieben noch vorhanden sind. Lernet endlich aus diesen Zuständen und stärkt eure wirtschaftliche Interessenvertretung.

Mehl- und Brotpreise am 1. Juni 1931

Durch die vollständig unzulängliche und zeitlich begrenzte Ermäßigung der Weizenzölle ist eine wesentliche Verbilligung der Weizenmehlpreise nicht eingetreten. Ebenso ist auf dem Inlandsroggenmarkt die erhoffte Senkung der hohen Preise bisher nicht zustande gekommen, wengleich auch die Regelung sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung dazu bereit erklären mußte, aus den Roggenbeständen der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft eine gewisse Menge an Roggen zu ermäßigten Preisen an den Markt zu bringen, um den hohen Marktpreis entsprechend etwas herunterzudrücken. Es ist unbedingt nötig, daß schleunigst eine Senkung der hohen

Der Weineexport von Bordeaux ist eine beträchtliche Stütze des französischen Staatshaushaltes. Die Weine der Gegenden Médoc, Sauternes, Graves und St. Emilion haben einen guten Klang in allen Breiten und müssen teuer genug bezahlt werden. Die Hauptweingegend ist Médoc, eine Landfläche von der Länge und Breite der heissen Bergstraße (80 Kilometer lang und 20 Kilometer breit), die sich nordwestlich von Bordeaux auf einer Halbinsel bis an den Atlantischen Ozean erstreckt. Zehntausende von Arbeitern erwerben sich hier allein auf den Schlössern (Château) der Winzer ihren Lebensunterhalt, mühsam und schlecht genug entlohnt. Sauternes ist ein Dorf, von dessen Hängen und Höhen (Haut) der weiße Sauternes kommt. Die Gegend südlich von Bordeaux heißt Graves und umfaßt zahlreiche Weinberge (Weißwein) und mehrere Schlösser, nach denen im allgemeinen die Weinsorte benannt wird. Die Gegend St. Emilion, allein 50 000 Hektar Anbau, liegt im Norden von Bordeaux und produziert ebenso Rot- wie Weißwein. Mehrere zehntausend Arbeiter und Angestellte werden in diesen weltberühmten Weinbergen beschäftigt. Arbeitslosigkeit ist da so gut wie unbekannt. Alle französischen Winzer sind zu Verbänden, sogenannten Cooperativen, zusammengeschlossen. Modernste Maschinen zur Weinbereitung, Filterfabrikation und Landbearbeitung stehen zur Verfügung. Riesige Keller wurden von den Verbänden erbaut. Vertreter reisen um die ganze Welt. Ein Vergleich mit deutscher Technik, Organisationsgeschicklichkeit und Rationalisierungswut wäre jedoch verfehlt. Das Wirtschaftsleben fliehet bei den französischen Winzern in traditionellen Bahnen dahin. Darum sind auch die sozialen Verhältnisse, trotz ihres teilweise patriarchalischen Anstrichs, häufig von besonders trafen Widerstand und ungerecht für die nach Millionen zählenden landwirtschaftlichen Arbeiter. Die französische sozialistische Partei kämpft einen schweren Kampf. Es wird noch lange dauern, bis er auch in den Weingebieten zur Zufriedenheit der Arbeiterklasse beendet werden kann.

Getreidezölle vorgenommen wird. In den einzelnen Monatsdritteln des Mai gestaltete sich die Preisentwicklung an den Börsen wie folgt:

Monat	Weizen (Manitoba II) p. 1 verzollt ab Hamburg Mt.		Inland Weizen Roggen ab mkt. Stationen (Bin. Notleg. p. 1) Mt.		Weizenmehl per 100 kg Mt.	
	1931	1930	1931	1930	1931	1930
1.-10.	378,—	285,—	284,—	197,—	40,—	29,—
11.-20.	376,—	290,—	286,—	198,—	39,50	28,50
21.-31.	369,—	285,—	280,—	201,—	38,75	28,50

Nach unserer monatlichen Statistik, die wir für eine Reihe von Orten durchführen, ist bei den Roggenmehlpreisen nur eine ganz geringe Senkung festzustellen. Der Durchschnittspreis für 1 Doppelzentner Roggenmehl stellte sich am 1. Juni auf 31,10 Mt., gegenüber 31,47 Mt. am 1. Mai. Die Brotpreise haben dagegen, wie schon aus der Tagespresse genügend bekanntgeworden, eine Erhöhung erfahren, und zwar stellte sich der durchschnittliche Preis für 1 Kilogramm Roggenbrot am 1. Mai auf 39,5 Pf., am 1. Juni dagegen auf 39,8 Pf. In vielen Orten wurde — infolge der Auswirkungen der „Preisentungsaktion“ durch hohe Getreidezölle — eine Heraushebung der Brotpreise vorgenommen; nur aus Frankfurt a. M. wird ein Rückgang um 2 Pf. pro Kilogramm gemeldet. Der errechnete Durchschnittspreis je Kilogramm Roggenbrot am 1. Juni würde sich eher noch höher stellen, wenn leider nicht einige Orte, wie Landshut und Düsseldorf mit verhältnismäßig hohen Brotpreisen, bei der diesmaligen Statistik ausgefallen wären. Nicht berichtet haben ferner die Orte Breslau, Hamburg und Bielefeld. Günstig fehlte dagegen im vorigen Monat und hat diesmal mit seinem verhältnismäßig niedrigen Brotpreis mit 30 Pf. pro Kilogramm gleichfalls einen geringen Einfluß auf den Durchschnitt ausgeübt.

Ueber die Mehl- und Brotpreise in den einzelnen Orten gibt die nachstehende Tabelle Aufschluß. (Zu der Zusammenstellung im vorigen Monat sei zur Richtigstellung bemerkt, daß der Preis für 1 Kilogramm Roggenbrot in Düsseldorf am 1. Mai nicht 36 Pf., sondern 46 Pf. betrug.)

Ort	Preis für 1 dz Roggenmehl Mt.		Preis für 1 kg Weizenmehl (Weizenmehl) Pf.		Gewicht des Weizenbrotchens g
	1 dz	1 kg	1 dz	ein Weizenbrotchens	
Königsberg i. Pr.	29,—	40	42,—	2,5	40
Görlitz	28,—	30	41,—	2,5	37
Gleiwitz	28,80	38	40,50	5	65
Ratibor	29,—	36	39,—	5	57
Berlin	29,80	40,2	40,—	3	30
Bremen	31,50	45	47,—	2,5	30
Magdeburg	30,—	36,5	46,—	5	55
Hannover	31,50	36,6	44,—	2,5	27,5
Leipzig	31,—	36	45,—	4	50
Halle a. d. S.	32,—	37,3	46,—	3	38
Chemnitz	32,50	38	48,—	4	40—45
Dresden	34,50	37	51,50	4	40
Erfurt	33,50	36	45,—	3	40
München	31,—	42	44,—	4	42
Münzenberg	31,70	42	44,85	4	38
Wittenberg	32,—	40	44,—	5	50
Stuttgart	31,50	41	43,50	4	35—40
Mannheim	31,—	40	45,—	4	40
Freiburg i. Br.	33,50	46	43,50	4	35
Frankfurt a. M.	31,—	40	43,50	4	40
Kassel	33,—	35	45,—	3	35
Köln	30,50	48	41,—	3	35
Nachen	30,—	45	39,75	3	32—34
Krefeld	30,—	43	41,—	3	35
Wuppertal	32,—	43	45,—	3	40—45
Essen	33,50	44	46,—	2,5	32
Dortmund	31,—	40	44,50	2,5	35—40
Danzig	31,—	41	34,—	4	48

1) Durchschnittspreis

Nazis und Tarifverträge

Wie die Nazis zur Frage der Tarifverträge stehen, um die seitens der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft jahrzehntlang gekämpft wurde, bemittelt die in Düsseldorf erscheinende Zeitung der NSDAP, „Die Volksparole“. Sie widmet der Bedeutung des Tarifvertrages für die Arbeiterschaft folgende viel-jagende Geschreibsel:

„... daß der Tarifvertrag in Wahrheit nichts anderes als eine Preßmaschine darstellt, aus der jeder von ihr Betroffene ohne Rücksicht auf seine besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten mit dem gleichen Lohnsatz wieder herauskommt“. Und an einer anderen Stelle dieses „Arbeiter“-Blattes heißt es: „Der Tarifvertrag ist somit nichts anderes, als ein aus der rücksichtslosesten Schamlosigkeit zweier an sich gleichberechtigter Kontrahenten entstandenes Produkt und somit ein tiefbeschämendes Armutzeugnis einer mit Volk und Vaterland nichts mehr gemeinhabenden geistigen Einstellung“.

Also, hier paart sich die „arbeiterfreundliche“ Einstellung der Nazis mit der rücksichtslosesten

Unternehmer, denen der Tarifvertragsgedanke ebenso verhaßt ist wie dem Stier das rote Tuch. Daß, ausgerechnet eine Partei, die sich „Arbeiterpartei“ nennt, samt ihrer Journaille über die Ertragschaften der Arbeiterschaft herfällt, auf die sie mit Recht stolz ist, ist bezeichnend. Sie möge recht schnell ihr geklautes Firmenschild ändern und sich offen als „Arbeitgeberpartei“ firmieren. Allen, die aber dieser Gesellschaft noch immer nachlaufen, seien die Worte gemeldet: „Nur die allergrößten Räuber wählen ihre Wegger selber!“

„Arbeiterführer“ mit Bombenhonorar

Der Braunschweiger „Volksfreund“ ist in der Lage, das Faksimile einer Originalquittung des Reichsfinanzmeisters der Nazis zu veröffentlichen, in der Hitler dankend den Betrag von 2000 Mt. für ein Referat in einer einzigen Verlesung bestätigt.

Jetzt kann man es verstehen, weshalb die nationalkapitalistischen Oberkanonen das Maul so gewaltig weit aufreißen. Ihnen fliegen nicht, wie im Schlaraffenland, gebratene Lauben zu, sondern gleich 2000 blankblanke deutsche Reichsmark, die sie für eine Stunde Quasseln erhalten. Damit ist erwiesen, daß das Einkommen dieser „Arbeiterführer“ das eines Operettenstars bei weitem übersteigt. Es versteht sich von selbst, daß für diese Herrschaften die „Aufklärung“, die sie der Arbeiterschaft angeblich lassen, ein lohnendes Geschäft ist. Wo in Deutschland könnte so etwas möglich sein, außer bei den Nazis? Futterkripenwirtschaft und Korruption in Reinkultur!

Die Bäckereiverordnung in Bremen

Unter Hinweis auf § 5 der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien gibt die Bremer Polizeidirektion bekannt, daß sie auf Antrag von Interessenten widerruflich für die Stadt Bremen und das Landgebiet die Verlegung der in § 3 der Verordnung vorgeschriebenen achtsündigen Betriebsruhe auf die Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens gelegt hat. Scheinbar kennt die bremische Polizeidirektion als Interessenten nur die Unternehmer im Bäcker- und Konditorgewerbe. Unsere Organisation wurde überhaupt nicht um ihre Stellungnahme befragt. Darum erheben wir schärfsten Protest gegen die einseitige Handlungsweise der Polizeidirektion.

Bisher bestand die örtliche Bestimmung, daß der Arbeitsbeginn um 5.30 Uhr morgens erfolgen kann. Diese seit mehreren Jahren bestehende Verordnung fand auch in den Kreisen des Unternehmertums allgemeine Zustimmung und nach unseren Feststellungen sind nirgends Hemmungen im Verlauf in den Morgenstunden aufgetreten. Jedoch durch die zunehmende Strömung im Unternehmertum, alles zu versuchen, daß der Arbeitsbeginn noch früher gelegt wird, hat die Polizeidirektion diese Anordnung erlassen.

Wir werden bald sehen, daß mit dem Essen der Appetit kommt und eine weitere Vorverlegung des Beginns der Arbeit gefordert wird. Dann drückt sich die Polizei nicht zu wundern, wenn dieses wichtige Arbeitsschutzgesetz sabotiert wird. Für unsere Kollegenchaft ergibt sich erneut die Notwendigkeit, alles zu unternehmen, um jede geplante Durchbrechung unseres Schutzgesetzes zu verhindern.

Die Böttchermeister in Thüringen

hielten in der ersten Maiwoche ihren zehnten Landesverbandstag in Weimar ab. Es gibt darüber nicht viel zu berichten, was über den Rahmen der direkt daran Beteiligten hinaus von allgemeinem Interesse wäre. Lediglich in der Hauptversammlung wurden einige Probleme berührt, die aber, da man sich nicht näher mit ihnen befahte, keineswegs besondere Bedeutung erlangten. Im Tätigkeitsbericht wurde die Forderung erhoben, neben den Kartellen, die die Existenz der Handwerker stark beeinträchtigen, auch die Lohn- und Gehaltstarife zu beseitigen. Weiter wurde verlangt, daß die öffentlichen Abgaben und die sozialen Lasten aller Art gesenkt werden sollen. Mit dieser Forderung stehen die Böttchermeister Thüringens in einer Reihe mit den Schwerindustriellen und Konzernkönigen. Sie haben dabei nicht bedacht, daß die Fesseln, die von der Arbeiterschaft dank ihres straffen Zusammenschlusses der Großindustrie angelegt wurden, gleichzeitig einen Schutz der selbständigen Handwerksmeister darstellen. Oder will einer bestreiten, daß die finanzgewaltigen Kapitalfürsten ohne Rücksicht auf das in Deutschland noch hochangesehene Handwerk tätig sein würden, wenn ihnen nicht unter ausschlaggebender Mitwirkung der Arbeiterschaft Paroli geboten würde? Das selbständige Handwerk hat also alle Ursache, weniger im Interesse der Großkapitalisten tätig zu sein, indem sie deren Forderungen aufzureißen und vertreten. Im übrigen müssen sich auch die Böttchermeister in Thüringen damit abfinden, daß die Arbeiterschaft nach

wie vor an der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen festhält. Die Arbeiter haben nicht die geringste Lust, sich die bisherigen Errungenschaften rauben zu lassen. Dies werden sie zu verhindern wissen durch Stärkung ihrer Organisation. Ebenso wie die Handwerksmeister immer wieder auffordern, durch Stärkung der Fachorganisation die Lage des Handwerks zu bessern. Was die Meister für sich in Anspruch nehmen, dürfen sie der Arbeiterschaft nicht verweigern. Und wenn die Organisationen der Arbeiterschaft in ihrer Tätigkeit erfolgreicher sind als die Meisterorganisationen, dann soll man nicht nach dem Gesetzgeber rufen.

Iglers Verrat

Wir berichteten in der Nr. 22 der „Einigkeit“, daß in Württemberg der „Ring Süddeutscher Fleischergefelln“ unter Führung Iglers einem Lohnabbau von 5 Mk. pro Woche zustimmte. Dagegen haben sich unsere Mitglieder mit aller Entschiedenheit zur Wehr gesetzt, wodurch es uns möglich war, diesen Schurkenstreich abzuwehren. Durch Verhandlungen am 20. Mai mit den württembergischen Fleischermeistern vor dem Tariffriedsgericht wurde ein Abkommen auf Grund freier Vereinbarung getroffen, das einen Abbau von 3 Mk. in der Spitze für den über 24 Jahre alten Gefellen vorsieht. Ohne den unerhörten Verrat Iglers wäre es möglich gewesen, noch günstiger abzuschließen. Aber immerhin haben wir den Fleischermeistern und ihrem Fridolin Iglar bewiesen, daß wir uns einem solchen Diktat nicht unterwerfen. Allerdings glaubten die Arbeitgeber beim Zusammentreten des Schiedsgerichts, unbedingt mit ihrem bereits abgeschlossenen Lohnraub durchzukommen. Sie ließen alle Minen springen, um in ihrem Sinne auf den Vorhänden des Schiedsgerichts einzuwirken. Es mußte ihnen deshalb mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß sie auf dem falschen Wege sind, da Iglar keine Mitglieder hinter sich hat, für die er einen Abschluß tätigen könnte. Zu guter Letzt mußten sie die Ausichtslosigkeit ihres Beginns einsehen. Damit kam es dann zu obgenannter Vereinbarung. Die Fleischergefelln Württembergs ersehen daraus, daß durch das entschiedene Auftreten unserer Organisationsvertreter ein schändlicher Schlag gegen sie abgewehrt wurde.

Interessant ist, daß in der „Süd- und Mitteldeutschen Fleischerzeitung“ Nr. 41 die Vereinbarung so abgedruckt ist, als ob tatsächlich zwischen ihnen und unserem Verband unter Einziehung des christlichen Verbands gemeinsame Verhandlungen stattgefunden hätten und auch der Abschluß gemeinsam getätigt worden wäre. Wir stellen fest, daß das nicht zutrifft. Iglar hat bei dieser Verhandlung nichts zu suchen gehabt. Wenn die Fleischermeister in ihrer Fachpresse es nunmehr so darzustellen suchen, als ob diese Verhandlungen gemeinsam geführt wurden, ist das ihre Sache. Wir aber verwahren uns mit aller Entschiedenheit, mit dem Verräter Iglar auf eine Stufe gestellt zu werden. Das mögen sich die Fleischermeister in Württemberg ein für alle Male gesagt sein lassen.

Gefahr für Bäcker und Konditoren in Verzug

Die neue Notverordnung, die kurz vor Redaktionsschluss im Wortlaut veröffentlicht wurde, enthält auch eine Bestimmung über das Nachbaderbot. Danach soll in allen Großstädten den Großbetrieben die Möglichkeit gegeben werden, nachts zu arbeiten. Die Regierung will mit dieser Maßnahme den Brotpreis auf Kosten der Bäckereiarbeiter senken. Für alle Angehörigen des Bäckereigewerbes gilt es also jetzt auf der Hut zu sein, insbesondere energisch dagegen Front zu machen, wenn in einzelnen Betrieben bereits jetzt das Anstauen zur Nacharbeit gestellt wird. Alle näheren Anweisungen über die zu treffenden Abwehrmaßnahmen ergehen durch den Verbandsvorstand. In der nächsten Nummer der „Einigkeit“ werden wir eingehend über diese ganz neue Situation berichten.

Unsere Zeitschriften

Lehr- und Wirtschaftswesen.

Das Juniheft der Fachzeitschrift für die Beschäftigten in den Getreide-, mehl-, zucker- und kakaoverarbeitenden Industrien ist wieder außerordentlich reichhaltig an interessanten und lehrreichen Beiträgen für die Praxis. Wir heben folgende Abhandlungen hervor: Die Herstellung des Fondants; Trockeneis zum Abtöten von Getreidekeimlingen; Vorkochmäßige Deckelperrung einer Ractmaschine mit Horizontalwellen; Der Sauerleig, sein Wesen und seine Behandlung II; Heißgelaufene Lager und ihre Behandlung; Die Mälerei in Florenz; Die schnelle Bestimmung des Wassergehaltes eines Mehles; Bestimmung des Feuchtigkeitsgrades im Mehl; Chemisches Praktikum; Lehr-

nisch-Wissenschaftliche Umschau; Arbeitsweise und -material; Aus Gewerbe und Industrie; Rohstoffmarkt; Patente; Literatur.

Verbandsmitglieder beziehen dieses 32 Seiten starke und reich illustrierte Heft für 15 Pf. durch die Ortsverwaltungen. Jeder Funktionär nimmt Bestellungen entgegen.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Ungültig erklärt werden die Mitgliedsbücher Nr. 257.852 für Kollegen Karl Maas, Leipzig, und Nr. 83.321 für Kollegen Karl Schildknecht, Leipzig. Diese Bücher sind gestohlen worden. Sie sind beim Vorzeigen einzuziehen und dem Verbandsvorstand einzusenden.

Ausschlüsse. Auf Antrag der Ortsgruppe Magdeburg werden Wilhelm Fischer, Brauer, geboren am 1. März 1882 zu Tilsit, Buchnummer 243.855, und Johann Feil, Brauer, geboren am 26. Juni 1886 zu Ammensgrün, Buchnummer 010.746, wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

Auf Antrag der Ortsgruppe Gotha wird Werner Schröder, Fleischer, geboren am 2. Juli 1907, Buchnummer 59.815, wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

Auf Antrag der Ortsgruppe Kiel wird Joh. Albert, Destillationsarbeiter, geboren am 7. Mai 1875 in Schönwohlt, Buchnummer 259.688, wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

Auf Antrag der Ortsgruppe Frankfurt a. M. wird Peter Weddeler, Bäcker, geboren am 1. April 1887 in Altenbuch, Buchnummer 85.294, wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

Auf Antrag der Ortsgruppe Würzburg wird Eugen Dohle, Hilfsarbeiter, geboren am 11. November 1897 in Würzburg, Buchnummer 314.699, wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

Eingänge bei der Hauptkasse

(Postkontos der Hauptkasse: Berlin 120 79 Nahrungsmittel- und Getreidearbeiter - Hauptverwaltung G. m. b. H. Berlin NW 40.)

Vom 29. Mai 1931 bis 4. Juni 1931.

Ortsgruppen:

Gilenburg 200,— Berlin 16,40. Breslau 46,50. Königsberg i. Pr. 169,50. Pommern 92,50. Reustadt (Saarh.) 33,50. Stettin 15,—. Hamburg (Fisch.) 1060,05. Seibelberg 500,—. Riesa 400,—. Berlin 1029,25 und 569,— und 970,50 und 568,—. Fürstenwalde (Spree) 200,—. Grabow 200,—. Reichenbach (Schl.) 200,—. Rosenheim 400,—. Gera 32,75. Breslau 2842,90. Krefeld 45,—. Breslau 244,39. Magdeburg 221,25. Berlin 12,80. Bremen 2332,07. Magdeburg 2014,66. Münster 600,—. Marne 500,—. Bremen 136,75. Landshtut i. V. 27,50 und 12,—. Mannheim 160,50. Wuppertal 77,—. Dessau 133,75. Hamburg 710,—. Wilhelmshaven 300,—. Balleim 150,—. Bitterfeld 150,—. Bremerhaven 700,—. Friedrichshaf 135,—. Forst 250,—. Fürstberg 100,—. Sagan 200,—. Augsburg 87,50. Barmuth 44,—. Duisburg 77,75. Effen 79,25. Oldenburg 38,75. Stettin 70,50. Mainz 133,—. Münster 15,— und 30,—. Saarbrücken 117,75. Berlin 116,25. Braunschweig 88,—. Erfurt 88,—. Wiesbaden 44,50.

Consignes:

Berlin 194,60. Monheim 78,40. Dortmund 0,50. Berlin 5,50 und 86,27 und 200,— und 727,56 und 86,52 und 84,84 und 4,80. Stuttgart 75,—. Zürich 40,— und 800,—. Berlin 127,50 und 81,34 und 90,— und 174,69 und 308,41 und 800,—. Bitterfeld 100,—. Seibronn 75,10. Wiesbaden 7000,—. Berlin 640,—. Dortmund 3,40.

Korrespondenzen

Nachen. (Ergebnis der Bäckereikontrollen 1930.) Seit einigen Jahren besteht für die Stadt Nachen eine Kontrollkommission, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter Leitung eines Polizeibeamten fungiert. Die Kontrolltätigkeit erstreckt sich vorwiegend auf den Frühbeginn in den Bäckereien. Aber auch die sonstigen polizeilichen Vorschriften über die Arbeitszeit und Frühverkauf werden mit beachtet. Der Arbeitgeber- sowie der Arbeitnehmervertreter gehen als Sachverständige mit. Diese Einrichtung hat sich seit Bestehen, seit Mai 1928, segensreich bewährt. Immer festener werden Fälle festgestellt, wo des Morgens vor 5 Uhr mit der Arbeit begonnen wird. Die Kommission geht periodisch, durchweg allwöchentlich an unbestimmten Tagen.

Wie der Regierungspräsident dieser Tage mitteilte, wurden im Laufe des Jahres 1930 in der Stadt Nachen 312 Befestigungen resp. Kontrollen vorgenommen. Hierbei wurden 35 Zuwiderhandlungen gegen die einschlägigen Vorschriften festgestellt und zur Anzeige gebracht.

Die Gewerberaté des Regierungsbezirks berichten, daß ihnen ebenfalls 35 Bestrafungen von Bäckereibetrieben zur Kenntnis gekommen seien. Mitgeteilt wird von der Regierung, daß die 35 Bestrafungen, Bäckereibetriebe aus der Stadt Nachen betreffend, sowie die 35 Bestrafungen aus dem übrigen Regierungsbezirk, sich in der Höhe von 10 bis 100 Mk. bewegten.

Eine Gegenüberstellung mit den Jahren 1928/1929 ergibt folgendes Bild. Bestrafungen fanden statt:

1928	1929	1930
56	65	35

soweit sie das Stadtgebiet betreffen. Aus diesen Feststellungen geht hervor, daß der Frühbeginn immer mehr zurückgeht. Wohl versuchte die Innung einige Bestimmungen, die die Regierung in dieser Frage erlassen hat, gemildert zu bekommen, jedoch bisher ohne Erfolg. Ueber die Beibehaltung der Kontrollen besteht Einmütigkeit und ist zu erwarten, daß auch für die Zukunft ein gegenseitiges Zusammenarbeiten in dieser Frage gewährleistet bleibt.

Nachen. Vor einiger Zeit standen in den Stolberger und Nachener Zeitungen Notizen über Diebstähle, die bei dem Mühlenbesitzer Reuchen in Buschmühle bei Stolberg vorgekommen seien. Zwei Arbeiter wurden verhaftet und vom Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Beide sollten im Laufe der letzten Jahre über 100 Sack Frucht gestohlen und weiterveräußert haben. Eine Anzahl Bäckermeister als Fehler wurden festgestellt.

Dazu ist zu bemerken, seit Jahren versuchten die Arbeiter der Mühle Reuchen sich annehmbare Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Jede Regung, sich dem Verbands anzuschließen, wurde von der Firma erstickt. Die Angst wurde dadurch so groß, daß keiner es wagte, hiergegen anzugehen. Die Löhne waren sehr niedrig. Die Arbeitszeit ging dauernd über das gesetzlich zulässige Maß hinaus. Ueberzeitbezahlung erfolgte nicht. Die Organisation versuchte die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. Während die Stolberger Firmen bereit waren, Scheiterte der Abschluß an der Mühle Reuchen. Wenn Arbeiter sich dann vergehen, weil das Einkommen nicht reicht, erfolgt Bestrafung. Der Unternehmer, der täglich Arbeiter um ihre gesetzlichen Rechte betrügt, bleibt unbestraft.

Ueber die politische Einstellung des jungen Chefs der Buschmühle wäre auch manches zu sagen. Jedenfalls würde mancher, der heute die Produkte dieser Firma verarbeitet, die Geschäftsverbindung lösen, wenn er wüßte, daß er sehr stark in der nationalsozialistischen Bewegung sich betätigt. Den Mühlenarbeitern im Bezirk Nachen-Stolberg-Geschweiler wird erst dann eine bessere Zukunft mit auskömmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen gewährleistet sein, wenn sie den Weg zu ihrer Organisation, dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Nachen, Kleintölnstraße 18, gefunden haben.

Bayreuth. In einer am 1. Juni stattgefundenen Versammlung der Beschäftigten in der Süßwarenindustrie erstattete Bezirksleiter Kollge Falter Bericht über den Verlauf der stattgefundenen Tarifverhandlungen. Die von den Unternehmern geforderten Verschlechterungen des Tarifvertrages riefen allgemein große Empörung hervor. Es wurde betont, daß die Organisation alles einzusehen habe, um diese Maßnahmen zu verhüten. Es sei unerträglich, wenn noch weitere Verschlechterungen erfolgen, da nachgewiesen werden kann, daß die Beschäftigten in der Süßwarenindustrie weit hinter vielen anderen Berufsgruppen stehen. In einer einstimmig beschlossenen Resolution wurde die Kollegenschaft aufgefordert, bereit zu sein, um durch eventuelle Arbeitsniederlegung die Unternehmernaßnahmen abzuwehren zu können.

Karlsruhe. (Entlarvter Berkeumbder.) Gegen den Kollegen Hilz in Karlsruhe wurden von dem Brauereiarbeiter Heß in Dumersheim ganz öffentlich die schwersten Beleidigungen und Verdächtigungen erhoben. Im allgemeinen weiß ein im öffentlichen Leben stehender Mensch derartige Gemeinheiten richtig zu würdigen, indem er ihnen gar keine Beachtung schenkt. In diesem Falle verlangten aber die organisierten Kollegen die Belangung dieses Berkeumbers. Was voraussehen war, traf ein. Als es sich darum handelte, den Wahrheitsbeweis für die erhobenen Verdächtigungen anzutreten, mußte der Berkeumbder zugeben, daß er seine Behauptungen wider besseres Wissen erhoben hat. In einem vor Gericht abgeschlossenen Vergleich, der im Inseratenteil dieser Nummer auf Kosten des Angeklagten veröffentlicht wird, muß er weh- und demütig seine unwahren Behauptungen zurücknehmen, dazu noch eine Buße von 50 Mark zahlen und alle entstandenen Kosten übernehmen.

Köln am Rhein. (Blutwurstvergleich.) Ein Metzgermeister hatte einen Arbeitslosen mit Arbeit an zwei Tagen beschäftigt. Da es diesem Kollegen in dieser Notzeit außerordentlich gut gefiel, so wurde die Arbeit auf eine Woche erstreckt. Der Meister jedoch zahlte dem Arbeitslosen nur für zwei Tage. Darauf erhob der Kollege Klage, und es kam ein Vergleich zustande, wonach sich der Beklagte bereit erklärte, den Arbeitslosen für die geleistete Mehrarbeit noch 20 Pfund Blutwurst zu liefern. Auch den Wunsch, die Wurst vor der Ablieferung zu räuchern, versprach der Meister zu erfüllen.

Ribnitz. Die alte mecklenburgische Verfassungsbestimmung: „Es bleibt alles beim alten“ trifft hier in Arbeiterangelegenheiten noch zu. In einigen Mühlen beträgt die tägliche Arbeitszeit 12 bis 14 Stunden. Auch Sonntags wird gearbeitet. Die Polizeibehörde, die sich oft um jede Kleinigkeit kümmert, entwickelt einen besonderen Eifer, um nichts zu sehen. Die zuständigen Regierungsstellen in Schwerin scheinen machtlos zu sein.

Ein ehrbarer Mühlenbesitzer ist vor längerer Zeit wegen allzu langer Arbeitsausbehnung mit 3 Reichsmark bestraft. Der Erfolg? Nun wird erst recht das Arbeitszeitgesetz mißachtet. Die Behörde soll den sonderbaren Standpunkt vertreten, weitere Bestrafungen seien nicht mehr möglich.

In einem Betrieb wird ein Arbeitnehmer beschäftigt, der für die Werkwohnung wöchentlich 30 Arbeitsstunden über die 48 Stunden hinaus leisten muß. Also 78stündige Arbeitszeit.

In den Bäckereien und Schlächtereien am Orte sind ebenfalls mecklenburgische Zustände. Die durch die Reichsverfassung gewährleistete Koalitionsfreiheit gilt hier noch nicht.

Reichsregierung, Minister und Brauns-Kommission mühen sich ab, die Arbeitslosigkeit einzuschränken, in diesem Teil Mecklenburgs ist davon bei Behörden und Arbeitgebern anscheinend noch nichts bekannt.

Gewerkschaftl. Rundschau

25 Jahre Verbandsvorsitzender. Der Vorsitzende des Einheitsverbandes Deutscher Eisenbahner, der Kollege Franz Scheffel, konnte sein 25jähriges Verbandsvorsitzendenjubiläum begehen. Scheffel wurde im Jahre 1906 Vorsitzender des Verbandes der Maschinenisten und Heizer. Schon während dieser seiner Tätigkeit konnte Scheffel durch seine unermüdete Arbeit viele Erfolge für seine Berufskollegen buchen. Der Deutsche Eisenbahnerverband wurde bekanntlich während des Krieges gebildet und Scheffel als dessen Vorsitzender berufen. Scheffel gehört auch seit 1928 dem Deutschen Reichstag an. Wir gratulieren ihm recht herzlich zu seinem 25jährigen Jubiläum als Verbandsvorsitzender.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Ursachen der Krise. Wer mit einigem Verständnis und völlig unbefangenen die gegenwärtige Wirtschaftslage betrachtet, der wird festgestellt haben, daß neben den Ursachen, die auf dem Weltmarkt liegen, nur noch der Einkommensausfall der breiten Masse, der herbeigeführt wurde durch die Arbeitslosigkeit und die Lohn- und Gehaltsenkung, die Schuld an der trostlosen Situation tragen. Die deutschen Unternehmer, die sich mehr als Profitjäger denn als weltwirtschaftliche Wirtschaftspolitiker zu erkennen geben, wollen diese Tatsache nicht anerkennen. Im Gegenteil, sie fordern noch weiteren Lohnabbau und vereinzelt sogar Mehrarbeit. Diese katastrophalen Ansichten werden ins richtige Licht gerückt durch die soeben erfolgte Veröffentlichung des Konjunkturberichts über das 1. Vierteljahr 1931.

In diesem Bericht wird festgestellt, daß sich der konjunkturelle Rückgang des Arbeitseinkommens in den letzten Monaten außerordentlich verschärft hat. Alle Faktoren, die die Höhe des Arbeitseinkommens bestimmen, drängen nach unten. Die Arbeitslosenzahl liegt im April noch um 1 571 000 höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die dadurch vorhandene Einkommensminderung beläuft sich auf 1,2 Milliarden Mark. Dazu kommt die Einkommensminderung infolge der Senkung der Tariflöhne, die vom Konjunkturinstitut nach dem Stande vom 1. April auf 1,5 Milliarden Mark oder rund 15 Proz. des Einkommens der gleichen Zeit des Vorjahres geschätzt wird. Zu diesem kommt noch die Erhöhung der Beitragsleistung zur Arbeitslosenversicherung und die eingetretenen Steuererhöhungen.

Ueber die Preisentwertung weiß das Konjunkturinstitut zu berichten, daß die Preisrückgänge die Einkommensminderung nur etwa um die Hälfte ausgeglichen habe. Berücksichtigt man, daß dieser Preisrückgang zum Teil nur auf Druck der Regierung und auch nur bei Gegenständen, die nicht ausschließlich zum täglichen Bedarf gehören, eingetreten ist, dann erkennt man recht deutlich die ungeheure Belastung der wertaktiven Bevölkerung durch den Lohnabbau. Man erkennt aber auch, daß die Behauptung der Unternehmer, nach einer Lohnsenkung würde sich eine Preisentwertung ohne weiteres ergeben, nicht zutrifft. Die nächsten Laten der Regierung müssen demzufolge auf die preiserhaltenden Kartelle und Monopole gerichtet sein. Erst wenn diese so hart angefaßt werden wie bisher die Arbeiterschaft, dann dürfte sich die Lage etwas ändern.

Preußischer Landtag gegen Lohnkürzungen. Deutsche nationale und Wirtschaftspartei haben an den Preußischen Landtag Anträge eingereicht, um eine „elastischere“ Ge-

staltung des Tarifrechtes, d. h. Schaffung besserer Möglichkeiten für Lohnkürzungen, durchzuführen. Im Hauptauschluß des Preußischen Landtages wurden diese Anträge aber mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Kommunisten abgelehnt.

Streitigkeiten. Wie die „Deutsche Krankenkasse“ Nr. 22 vom 28. Mai d. J. mitzuteilen weiß, sind in einem einzigen Krankenkassenverband in 410 Betrieben mit 6853 Beschäftigten anlässlich von Betriebsrevisionen Beitragsrückstände festgestellt worden. Es mußten an Beiträgen nachgehoben werden:

für die Krankenversicherung	101 383,53 Mt.
für die Arbeitslosenversicherung	46 663,90 „
insgesamt	148 047,43 Mt.

Die Revisionen erstreckten sich auf die Zeit vom 1. Mai 1929 bis 31. Dezember 1930, wobei 18 804,04 Mt. Verwaltungskosten entstanden! Allerdings kann der Verband den schwachen Trost verbuchen, daß die Verluste noch höher wären, wenn überhaupt keine Revisionen stattgefunden hätten.

Defizit im Haushalt von USA. Wie das Schatzamt der Vereinigten Staaten mitteilt, beträgt das Defizit für den Haushalt des Jahres 1930/31 973 Mill. Dollar. Befürchtet wird, daß selbst eine neue Steuererhöhung zur Deckung des Defizits unzureichend ist.

Unternehmertum

Dumme gesucht! In der Unternehmerpresse der Bäcker- und Konditormeister wird im Inseratenteil jede Annonce veröffentlicht, in der sich billige Arbeitskräfte anbieten oder gesucht werden. Damit sind aber die Lohnbrüder nicht mehr zufrieden. Kürzlich konnten wir in der „Bäcker- und Konditor-Tageszeitung“ ein Inserat lesen, wonach ein Konditormeister eine erste Kraft sucht, der dem Meister vorübergehend 3500 bis 4000 Mark gegen Sicherheit und übliche Verzinsung leiht. Dafür wird ihm eine Dauerstellung angeboten.

Wir wundern uns, daß derartige als Inserat im führenden Organ des Bäckermeister-Innungsverbandes aufgenommen wird. Solche Burschen, die darauf ausgehen, Gehilfen ihre Ersparnisse aus der Tasche zu ziehen, sollten von einem Zeitungsverlag nicht unterstützt werden. Es wirkt geradezu beschämend, wenn diesen Leuten noch Vorschub geleistet wird.

Schlecht informiert. Die Schriftleitung der „Bayrischen Bäckerei“ ist sehr erstaunt darüber, daß der „Vorwärts“ sich bei dem Streit um den Brotpreis gegen die Forderung des Nachtbrotverbots der Brotfabrikanten wendet. Ihr scheint nicht erinnertlich zu sein, daß der „Vorwärts“ seit Bestehen des Bäckerschutzes für die Aufrechterhaltung des Nachtbrotverbots eingetreten ist. Diese Tatsache ist nicht rühmlich für die Schriftleitung der „Bayrischen Bäckerei“, einer großen Bäckermeister-Zeitung, sie ist aber notwendig, um aus der Unkenntnis der „Bayrischen Bäckerei“ keine Legende entstehen zu lassen.

Allgemeine Rundschau

2. Arbeiter-Sängertag. Der 2. Arbeiter-Sänger-Bundestag findet Ende Juni in Nürnberg statt. Das Programm wird möglichst mit Werken und Liedern aus dem Verlag des Ar-

beiter-Sängerbundes bestritten. Außer der Sängervereinigung internationale haben Amerikaner, Schweizer, Oesterreicher, Ungarn und Polen ihr Kommen in Aussicht gestellt.

Internationales

Protest der österreichischen Bäckereiarbeiter. Am 22. Mai tagte eine gemeinsame Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute aus den Wiener Bäckereien, die zur geplanten Verschlechterung des Bäckereiarbeiter-Schutzgesetzes durch die Christlich-Soziale Partei Stellung nahm. In einer Resolution wurde schärfster Protest ausgesprochen gegen das unsoziale Vorgehen der Christlich-Sozialen Partei. Es wird erwartet, daß die nunmehr dem Sozialpolitischen Ausschuss zugegangene Regierungsvorlage abgelehnt wird. Die geplante Verschlechterung des Schutzgesetzes hat voll und ganz die reaktionären Unternehmerforderungen übernommen, die keineswegs mit den Bedürfnissen der Volkswirtschaft zu begründen sind, aber eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit im Bäckereigewerbe herbeiführen wird. Die Bäckereiarbeiter werden ermahnt, in diesem Kampfe voll und ganz ihre Pflicht zu erfüllen, nicht zu erlahmen in ihren Abwehrbestrebungen, um alles aufzubieten zu können, daß das Schandwerk des Sozialministeriums nicht zur Tatsache wird.

Literatur

Das „Arbeitsgerichtsrecht mit ausführlichen Erläuterungen“ von S. Aufhäuser und Clemens Röpel ist in der sechsten, vollständig neu bearbeiteten Auflage in der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, erschienen. Die Neuaufgabe stellt eine wertvolle Bereicherung und Ergänzung der ersten fünf vergriffenen Auflagen dar.

Neues Musikbuch der Arbeiterschaft. Die bekannte Werberparade der SPD, „Wo bleibt der zweite Mann?“ ist vertont worden. Bekanntlich ist auch unter diesem Titel ein Gedicht von „T. T.“, ein Arbeiter erschienen, zu dem sich der Komponist S. Waag eine flotte und markante Melodie geschrieben hat. Die Singstimme und Klavierbegleitung sind soeben auf einem Lieberblatt der Werberabteilung der SPD (Berlin SW 68) erschienen und von dort oder durch die Volksbuchhandlungen zum Preise von 10 Pf. zu beziehen.

Der erste Sturm. Von Vladimir Boginsky, 238 Seiten. Ganzleinen. Erschienen in der Buchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Preis 1,50 Mk. Der Preis für Mitglieder 3 Mk. — Der Verfasser W. Boginsky, heute Statistiker des VDSB, ist maßgeblich an der russischen Revolution im Jahre 1905 beteiligt gewesen. In diesem Buch sind seine Erinnerungen über den Verlauf der gesamten Bewegung niedergelegt. Sehr anschaulich ist geschildert, wie der Umsturz, der von dem Industrieproletariat der Großstädte ausging, sein Ende dadurch fand, weil es schier unendlich war, die Bauern zu gewinnen. Die Bauern in Russland lebten zu jenen Zeiten noch in enger Abhängigkeit von den Gutsherren und der mit diesen verbundenen Kirche. Dieser Einfluß, der von dieser herrschenden Schicht auf die Bauern ausgeübt wurde, war unüberwindlich. Er ist, wie die Geschichte lehrt, erst viele Jahre später überwunden worden. Die russische Revolution von 1917 ist um vieles besser zu verstehen, wenn man die Vorgänge des Jahres 1905 kennt. Aus diesem Grunde ist es allen Lesern zu empfehlen, sich dieses Buch anzuschaffen.

Das Heute der proletarischen Aktion — Seminare und Bandlungen im Klassenkampf. Von Dr. A. Gurland, 160 Seiten. Preis broschiert 2,50 Mk., Leinen 3,60 Mk., Org.-Ausgabe 2,70 Mk. C. Kaubische Verlagsgesellschaft G. m. b. H., Berlin SW 30. — Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur durch die Arbeiter selbst geschehen. Der Befreiungskampf kann aber nur wirksam geführt werden, wenn die geistigen Waffen ständig in die Hände gehalten werden. Diesem Zweck dient das Buch von A. Gurland, der in ihm das Gesicht der heutigen Arbeiterschaft und der in ihr tätigen Organisationen und Unternehmenseinrichtungen aufzeigt. Diese Darstellung ist der Ausgangspunkt für nähere Beleuchtung der gegenwärtig durchgeführten Kämpfe, wobei es an Kritik, soweit sie sich als Notwendigkeit erweist, nicht fehlt.

Erziehung zum politischen Denken. Von Otto Jenßen, Gera-Ling-Jungfermannsche Schriftenreihe, 48 Seiten. Preis 0,85 Mk. C. Kaubische Verlagsgesellschaft, Berlin SW 30. — Wir leben in einer Zeit, in der Denken nicht hoch im Kurs steht, vor allen Dingen nicht das politische Denken. Ein Beweis für diese Behauptung braucht nicht angeführt zu werden, die Zeitereignisse sind Beweis genug. Für diese Zeit schreibt Otto Jenßen sein Buch zur Erziehung zum politischen Denken, weil er weiß, daß fruchtbarer Arbeit für einen parlamentarisch regierten Staat nur dann geleistet werden kann, wenn die bestehenden politischen Zusammenhänge erkannt und in Rechnung gestellt werden. Jenßen will aber noch mehr. Er will die Leser gleichzeitig zum marxistischen, politischen Denken erziehen. Die anschauliche und leicht verständliche Art, in der er dies tut, wird diesem Büchlein einen sehr großen Leserkreis sichern.

Nachruf!

In den Monaten April und Mai 1931 starben unsere Kollegen:

Ernst Schölin, Müller, Salomon-Mühle,
Hans Poppenberg, Konditor,
Gustav Pfeffertorn, Süßwaren-Hilfsbrand,
Georg Fager, Brauer, Löwen-Bücherei,
Albert Metz, Böttcher, Fackhandlung-Wendt,
Paul Hünfeldt, Müller, Humboldt-Mühle,
Ferdinand Kaminski, Bierfahrer, Engelhardt-Brauerei, Abtl. Pantom,
Erich Wurl, Süßwaren-Fabrikant,
Anna Wenzke, Arbeiterin, Bergschloß-Brauerei,
Hermann Lehmann, Brauer, Schultheiß-Brauerei, Abtl. II,
Gustav Wegener, Arbeiter, Engelhardt-Brauerei, Abtl. Stralau.

Wir werden ihnen stets ein ehrendes Andenken bewahren. [14,40]

Ortsgruppe Berlin

Unserm Kollegen **Willy Sadler** nebst seiner lieben Frau Gretel die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,80]

Die **Kolleginnen und Kollegen der Firma Liebenstein, Mainz.**

Unserm Kollegen **Otto Hefer** nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,50]

Die **Ortsgruppe Offen.**

Unsern Kollegen **Albert Schider** und **Willy Bauer** nebst ihren lieben Frauen die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,80]

Die **Kollegen der Ortsgruppe Delsitz i. S.**

Unsern lieben Kollegen **Andi Freigang u. Erich Bleichschmidt,** Bäcker, und **Walter Reinhold,** Müller, nebst ihren lieben Frauen nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,10]

Die **Ortsgruppe Aue i. Erg.**

Unserm Kollegen **Johann Stienen** und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,10]

Die **Kollegen der Brauerei Bülert, Duisburg** und die **Ortsgruppe Duisburg.**

Unserm Kollegen **Alfred Wurdach** und seiner lieben Frau Anna zu ihrer Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]

Die **Ortsgruppe Spremberg N. L.**

Unserm Koll. **Wihelm Draboff** und seiner lieben Frau zur stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]

Die **Kollegen der Mäfer-Brauerei, Langendree.**

Unserm Kollegen **Ludwig Bege-** mann nebst Gemahlin nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,80]

Die **Verbandskollegen der Bill-Brauerei, Hamburg.**

Unsern werten Kollegen **Jakob Reiback** und seiner lieben Braut Christlne Wihelmi zu ihrer am 10. Juni 1931 stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [2,70]

Die **freigewerkschaftlich organisierten Kollegen des Eisbaumeister Sprudel, Die Ortsgruppe Koblenz.**

Unserm Koll. **Nikolaus Nöbel** zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum bei der Schultheiß-Niederlage in Koblenz nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2,70]

Die **Kollegen der Schultheiß-Niederlage, Koblenz.**

Die **Ortsgruppe Koblenz.**

Unserm Kollegen **Johann Kollig** zu seinem am 11. Juni 1931 stattgefundenen 25jährigen Arbeitsjubiläum bei dem Reginaris- und Genoveva-Brunnen in Niebermendig die herzlichsten Glückwünsche. [3,-]

Die **Kolleginnen und Kollegen des Reginaris- und Genoveva-Brunnen.**

Die **Ortsgruppe Koblenz.**

Unserm Kollegen, dem Brauer **Joseph Pini** zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]

Die **Ortsgruppe Helgen.**

Unsern Kollegen **Martin Mayer** und **Franz Rumberger** und ihren lieben Frauen nachträglich zur Vermählung die herzgl. Glückwünsche. [2,10]

Die **Belegschaft der Löwenbräu, A. G., München, Abtlg. Bürgerbräu.**

Unserm Kollegen **Fritz Buschke** nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,80]

Die **Kollegen d. Ortsgruppe Schneidewitz.**

Unserm Kollegen **Wihelm Bärken** nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,50]

Die **Ortsgruppe Krefeld-Verdingen a. Rh.** [1,50]

Unsern werten Freund und Kollegen **Franz Reppner,** Bierleber, nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum.

Die **Kollegen der Pils-Brauerei und der Ortsgruppe Neustadt a. d. Saardt.** [2,10]

Unserer Kollegin **Paula Ruttat** nebst ihrem lieben Bräutigam die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,50]

Die **Ortsgruppe Offen.**

Unserm Kollegen **Anton Wabl** nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,10]

Die **Verbands-Kollegen, Brauer, der Schultheiß-Pagenhofer-Brauerei, Abtl. I.**

Nachruf!

Am 11. Januar 1931 verschied unser lieber Kollege **Hans Uhlig,** 65 Jahre alt. Ein ehrendes Gedenden bewahren ihm [2,70]

Die **Kollegen der Ortsgruppe Aue i. Erg.**

Nachruf!

Am 11. Mai 1931 verstarb Kollege Brauer **Max Rempe** im Alter von 78 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [2,40]

Die **Ortsgruppe Weimar.**

Nachruf!

Am 29. Mai 1931 verschied unser lieber Kollege und treues Verbandsmitglied **Heinrich König.** Ein ehrendes Andenken bewahren ihm [3,-]

Die **Kollegen der Brauerei Bülert und die Ortsgruppe Duisburg.**

Nachruf!

Am 27. Mai 1931 verschied an den Folgen eines Unfalles unser lieber Kollege und treues Verbandsmitglied **Otto Weber.** Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. [3,-]

Die **Kollegen der Neufang-Jänisch-Brauerei, Saarbrücken.**

Unsern Kollegen **Ewald Gill** nebst seiner lieben Frau Hedwig und **Otto Voss** nebst seiner lieben Frau Erna zur stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]

Die **Kolleginnen und Kollegen der GGS-Mühle, Bochum.**

Unserm Koll. **Heinrich Kübler** und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Unserm Kollegen **W. Hofrichter** und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit [3,-]

Die **Kollegen der Ortsgruppe Reichendach i. Schl.**

Werbt für eure Organisation!

Unserm Kollegen **Wihelm Bärken** nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,50]

Die **Ortsgruppe Krefeld-Verdingen a. Rh.** [1,50]

Abschrift

Kastatt, den 22. Mai 1931.

In Sr. Klagesache des Geb. Hll. Gewerkschaftsangehörter in Karlsruhe, gegen Josef Sed, Brauereiarbeiter in Dürmersheim, wegen Belästigung.

Die Parteien schließen folgenden Vergleich:

- Der Beschuldigte nimmt die gegen den Privatkläger am 29. März 1931 in der Wirtschaft zur Hume in Dürmersheim gemachte belästigende und verleumdende Aussage mit dem Ausdruck des Bewusstseins als unwahr zurück.
- Der Beschuldigte zahlt in die Arbeitslosenkasse des Verbandes der Nahrungsmitel- und Getränkearbeiter, Ortsgruppe Karlsruhe, eine Buße von 50 Mk.
- Der Privatkläger hat das Recht, diesen Vergleich auf Kosten des Beschuldigten im Volksfreund in Karlsruhe und im Verbandsorgan Einigkeit in Berlin zu veröffentlichen.
- Der Beschuldigte übernimmt sämtliche Kosten einschließlich der Rechtsvergebungsgebühr des privatkl. Vertreters mit 50 Mk.
- Die Privatklage wird zurückgenommen, sobald obige Bedingungen erfüllt sind.

S. u. a.

Der Richter: Der Urteilsbeamte: **ges. Schmidt-Eberlein.** **ges. Hörner.**

Die Richtigkeit vorstehender Abschrift wird beglaubigt: **ges. Roth, Rechtsanwält.**

★ FRAUENRECHT ★

Die Nacht nach dem Verrat

Roman von LIAM O'FLAHERTY

Deutsche Rechte in Kasch, Verlag

21. Fortsetzung

Vor allen Seiner hübscher Männer mit jugendlichen Gesichtern auf ihm los, in einem, als ob sie lange Zeit voll Kraft auf ihre hundertsten Kräfte verwendet hätten. Aber die sie ihr Lichter in ihrer Linsen mit dem perleartigen Glanz, das nach oben über die Erde gerichtet war, hielten sie ein und fochten ihre Kerzen in die Finsternis zurück.

Gygo sah, Lilla, Jüngers. Da waren wir. Was glüht sie? Ist nicht mit jedem letzten Augenblick Männer aus, die sie gegeben hat. Aber ist sie nicht?

Wahrscheinlich er einen Fehler unter sich jag, wenig er mit einem plötzlichen Ruf nach oben auf die Höhe. Er kam aufrecht, plötzlich alle um ihn herum. Sie waren nicht. Mulligan, der den, die Hand über sein rechtes Auge hob, die Lampe heruntergehoben, fühlte vor sich, als Gygo aufstand. Er Gygo sah sein Schatz vor sich, als er die Hand auf die Höhe, die ihn aufzuheben sah.

Er sah Gygo, der einen Blick nach oben und die Luft. Was ist hier los? Auf diese Kerzen, Lilla, schnell. Was, Gygo? Was ist denn jetzt an der Lampe?

Gygo sah Gygo, der einen Blick nach oben und die Luft. Was ist hier los? Auf diese Kerzen, Lilla, schnell. Was, Gygo? Was ist denn jetzt an der Lampe?

Gygo sah Gygo, der einen Blick nach oben und die Luft. Was ist hier los? Auf diese Kerzen, Lilla, schnell. Was, Gygo? Was ist denn jetzt an der Lampe?

Gygo sah Gygo, der einen Blick nach oben und die Luft. Was ist hier los? Auf diese Kerzen, Lilla, schnell. Was, Gygo? Was ist denn jetzt an der Lampe?

Gygo sah Gygo, der einen Blick nach oben und die Luft. Was ist hier los? Auf diese Kerzen, Lilla, schnell. Was, Gygo? Was ist denn jetzt an der Lampe?

Gygo sah Gygo, der einen Blick nach oben und die Luft. Was ist hier los? Auf diese Kerzen, Lilla, schnell. Was, Gygo? Was ist denn jetzt an der Lampe?

Gygo sah Gygo, der einen Blick nach oben und die Luft. Was ist hier los? Auf diese Kerzen, Lilla, schnell. Was, Gygo? Was ist denn jetzt an der Lampe?

Gygo sah Gygo, der einen Blick nach oben und die Luft. Was ist hier los? Auf diese Kerzen, Lilla, schnell. Was, Gygo? Was ist denn jetzt an der Lampe?

Gygo sah Gygo, der einen Blick nach oben und die Luft. Was ist hier los? Auf diese Kerzen, Lilla, schnell. Was, Gygo? Was ist denn jetzt an der Lampe?

Gygo sah Gygo, der einen Blick nach oben und die Luft. Was ist hier los? Auf diese Kerzen, Lilla, schnell. Was, Gygo? Was ist denn jetzt an der Lampe?

Gygo sah Gygo, der einen Blick nach oben und die Luft. Was ist hier los? Auf diese Kerzen, Lilla, schnell. Was, Gygo? Was ist denn jetzt an der Lampe?

Gygo sah Gygo, der einen Blick nach oben und die Luft. Was ist hier los? Auf diese Kerzen, Lilla, schnell. Was, Gygo? Was ist denn jetzt an der Lampe?

Gygo sah Gygo, der einen Blick nach oben und die Luft. Was ist hier los? Auf diese Kerzen, Lilla, schnell. Was, Gygo? Was ist denn jetzt an der Lampe?

Gygo sah Gygo, der einen Blick nach oben und die Luft. Was ist hier los? Auf diese Kerzen, Lilla, schnell. Was, Gygo? Was ist denn jetzt an der Lampe?

Gygo sah Gygo, der einen Blick nach oben und die Luft. Was ist hier los? Auf diese Kerzen, Lilla, schnell. Was, Gygo? Was ist denn jetzt an der Lampe?

Gygo sah Gygo, der einen Blick nach oben und die Luft. Was ist hier los? Auf diese Kerzen, Lilla, schnell. Was, Gygo? Was ist denn jetzt an der Lampe?

Gygo sah Gygo, der einen Blick nach oben und die Luft. Was ist hier los? Auf diese Kerzen, Lilla, schnell. Was, Gygo? Was ist denn jetzt an der Lampe?

Die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus

Von Helma Wagner

In dem Besonderen Zusammenhang ist ein neues Buch erschienen: „Die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus“, das in ungarischer Sprache von dem „Junge mit Rebels Sammler“ „Die Frau“ aufzuweisen hat. Wie dieses ist es von sehr hervorragenden Kräften getragen, aus der Richtung des Sozialismus, welche zu lehren, ist kein Betrüger — und diese Kräfte ist ihm auch in vornehmlicher Art gelungen. Es ist dazu den ganz besonders, nicht zu unterschätzenden Beitrag, der seine Darlegungen aus in die jüngste Gegenwart herüberträgt, als als Ergänzung und Weiterführung von Rebels Werk dienen kann.

Im Titel sagt man und Gehalt des Buches: „Die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus“. Denn mit wenigen Ausnahmen beruht sich die bisher dem Thema der Frauenfrage zugewandene Literatur auf der subjektiven, nicht auf der objektiven. Man ist diese Seite ausgeführt und sehr reichlich durch die

Warum heiraten die Männer?

- Der eine freut um Dutzenden,
- Der andere nur um das Gesicht;
- Der Dritte, weil es andere waren,
- Der Vierte, weil's die Natur spricht;
- Der Fünfte nur's, um sich zu legen,
- Der Sechste denkt: Es muß so sein;
- Der Siebente nur's um's Ergötzen,
- Der Achte, weil die Schanden über'n;
- Der Neunte nur's nur um die Krone,
- Der Zehnte, sich sein Glück zu bahnen;
- Den Elften, Zwölften fragen: Warum?
- Sie wissen's nicht; sie sind ja dumme!

(Brennender Kalender von 1871.)

das Wort aus: „Das Buch soll einen Überblick über das geben, was die Frauen von der sozialdemokratischen Partei empfangen haben. Es soll aber auch zeigen, welche ungeheure Förderung die Sozialdemokratie den Frauen verleiht. Es soll den Jungen die schmerzlichen Kämpfe schildern, die die sozialistischen Frauen früher zu bestehen hatten, und sie anspornen, weiterzukämpfen. Es soll aber auch den Älteren beweisen, daß ihre Arbeit nicht umsonst gewesen ist, daß sie aufgenommen und fortgeführt wird.“

In vier organisch zusammenhängenden Abschnitten gliedert sich das Buch, das in interessantester Form reiches, teilweise noch unbekanntes Quellenmaterial verarbeitet. Anna Kos schildert die Geschichte der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands vom kommunistischen Manifest bis zur Parteivollversammlung nach dem Kriege. Wir hören von den Kämpfen der Frauen unter dem Terror des Sozialistengesetzes, von den ersten Forderungen nach Gleichberechtigung, von

Endlich hob er langsam den Kopf, um Gygo anzusehen. Sein gelbes und höhlungartiges Gesicht zeigte große, traurige, dunkle Augen und einen großen Mund, der mit zwei lückelosen Reihen gelber Zähne angefüllt war. Der Mund stand weit offen, die Augen starrten blutunterlaufen. Sein ganzer Leib, von der Schwindsucht vermischt, war schrecklich anzusehen. Gygo frocte bei diesem Anblick der Atem, und ein Ausdruck des Entsetzens trat in seine kleinen Augen.

Er flüsterte: „Katte, wie kommst du hierher? Menschenskind, warum liegst du nicht im Bett? 's ist für einen Kranken keine Tageszeit, außer Haus zu sein.“

Die Katte starrte Gygo stumpf an, als ob er ihn weder hören noch sehen. Dann sank sein Kopf wieder langsam auf seine Hände zurück. Er schauderte und sah still.

Gygo ging leise zu ihm. Er bückte sich und berührte seine Schulter, wie um ihn zu trösten oder ihm sein Mitgefühl auszudrücken. Aber sobald seine Hand Mulligans Schulter berührte, fuhr er mit einem Fluch zurück. Unter dem Einfluß dieser Berührung tratete die Erinnerung an alle Vorgänge dieses Abends in sein trunkenes Hirn zurück. Er erinnerte sich deutlich, in dem Wirtshaus Mulligan, die Katte, als den Mann angegeben zu haben, der McPhillip verraten habe.

Er schaute argwöhnisch um sich und dann auf die bewaffneten Männer, deren Augen gleichgültig in alle Ecken schweiften, mit einem gelangweilten Blick, der typisch ist für Menschen, die unter Disziplin stehen. Weder an Gygo noch an Mulligan nahmen sie das geringste Interesse. Gygo setzte sich wieder hin. Er nahm den Schädel zwischen seine Hände und presste ihn angestrengt, um wieder Macht über seine Sinne zu gewinnen.

Drei Minuten lang sah er so, wie Kraft für die Be-

den ersten Frauenforderungen und dem ersten Forderung — und die beherrschenden Frauenpersönlichkeiten der Bewegung erheben vor dem Vater, wobei unerschütterliche Standhaftigkeit mit in besonderer Charakteristika wie Gilt Konrad und Anna Julia fallen. Wir Frauen sind erfüllt von Hoffnungen und menschlichen Taten, welche die Frauenpersönlichkeit haben können.

Viele Schriftsteller behandeln die Sozialdemokratie als Staatsbürgerin. Wir hören vom Krieg, Revolution und Republikanische, die überwindende Gestalt von Frau Sappenburg stehen vor uns auf, und eingehende Untersuchungen befragen uns über die Leben der Frauen in verschiedenen Ländern und Gemeinden. Sehr richtig sagt die Verfasserin: „Der uns sagt die mittelalterliche Aufgabe der Werbung und Schaffung einer Klasse von Frauen, ohne die es keinen Sieg des Sozialismus gibt.“ Und die größte Aufgabe, die Erfüllung von „Recht“ — und welche als der letzten Sinn und Zweck menschlicher Existenz in politischer Darstellung gegenüber steht.

Die politische Frau als Hausfrau und Mutter“ wird im dritten Teil von Anna Sappenburg behandelt. In dem Kapitel: „Wichtige Maßnahmen sind notwendig, um die Lage der Hausfrau zu verbessern“ und „Die heutige Stellung der Frau und Mutter in der Gesellschaft“ ist ein sehr interessanter Überblick über das Werden der Stellung der Frau und Mutter vom mittelalterlichen Dornbusch bis zur Republik in warmer und liebevoller Darstellung gegeben. Eine reiche Fundgrube für Frauenmänner, die das Thema zu behandeln haben.

Anna Sappenburg bringt im vierten Teil: „Die Frau im Beruf“ alles Wesentliche, was zu diesem so hochwichtigen Problem zu sagen ist, unterteilt von reichem, hauptsächlich statistischem Material. So empfinden wir uns die Ursachen der Zunahme der Frauenarbeit in den verschiedenen Berufsgruppen, im Besonderen die Art der Erwerbstätigkeit der verschiedenen Frauen: und auch der wichtige Punkt: die erwerbstätige Mutter — eines der wichtigsten Kapitel von Frauenarbeit und Frauenleid — wird eingehend berührt. Der Grundriss der Sozialdemokratischen folgenden Satz: „Die Frau steht heute nicht mehr vor der Alternative: Entweder Ehe und Mutterpflicht oder Beruf und persönliche Unabhängigkeit. Die Aufgabe, die heute vor den Frauen steht, und die von uns gelöst werden muß, ist, die Synthese zu finden: Frau und Mutter sein zu können, ohne auf wirtschaftliche und persönliche Freiheit verzichten zu müssen!“

Der Wert dieses Buches, reich an Inhalt und Gedanken, wird noch erhöht durch Sach- und Namensregister sowie durch ein Quellenverzeichnis, das allen denen, die in irgendeiner Spezialfrage näher eindringen wollen, ein sehr erwünschtes Wegweiser sein wird. Die geschmackvolle Ausstattung und der im Verhältnis zur Fülle des Gebotenen billige Preis (6 Mk.) lassen es hoffen und wünschenswert erscheinen, daß dieses wirklich wertvolle Werk in zahlreichen Bibliotheken von Organisationen sowie in den Händen zahlreicher Frauen zu finden sein möge, die als Kämpferinnen für unsere hohe und edle Sache tätig, nach immer neuen Waffen der Erkenntnis auszuwachen.

mühen sammelnd, seiner Trunkenheit Herr zu werden. Er war sich kaum bewußt, daß er sich mühte. Es war Instinkt, der ihn vor den Gefahren warnte, die vor ihm lagen. Instinkt, den die Berührung mit Mulligans Körper geweckt hatte. Seine Trunkenheit leistete zähen Widerstand, doch von rasendem Fieber brandeten behändig durch seinen Körper, von der Brust aus stiegen sie ihm in den Kopf mit der plötzlichen Bewegung von Meeresschnee, die an einer Klippe emporstießen. Der Kopf dröbnete und schwebte ihm. Seine Augen blinkten, seine Zunge blubberte los und wollte sprechen, singen und lachen. Eine ungerechtfertigte Freude durchflutete ihn, eine Freude, die nicht seinem gegenwärtigen Selbst entsprang, sondern einem lieblichen, fremden Wesen, das für eine Zeitlang ihn als Wohnung gewählt hatte. Er konnte dieses neue fremde Wesen in sich mit mildem Haß betrachten, als er seine Hände an den Schädel presste. Das Ding war sein Feind; er mußte seiner Herr werden.

Schließlich fühlte er, wie die Trunkenheit allmählich von ihm wich, so wie ein Schmerz nachläßt in der Nacht. Sie verschwand nicht, aber ihre Wirkungen veränderten sich. Statt tollkühn und vor Vergnügen außer sich, begann er sich jetzt als listig zu empfinden, beherrschbar, jünger, voller Trost und unerhört stark. Sein Kopf fühlte sich ab und beruhigte sich. Er schien plötzlich mit Stahl gepanzert, so daß er vom Druck seines Schädels gegen die Stirnhaut beinahe einen körperlichen Schmerz verspürte. Seine Zähne pressten sich aufeinander, sein Gesicht nahm den Ausdruck steinerne Apathie an, die Lippen erschlafften, die Waden entspannten sich und die Augen wurden starr. Alle Muskeln seines Körpers lockerten sich, wie bei einem Abgleiten, der ruhig dasteh, jedoch bereit ist, irgendwohin loszuweichen wie ein Pfeil.

(Fortsetzung folgt.)